

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungsliste. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungskartons 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenlänge und Schließelzeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Worckplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 30. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Worckplatz, Nr. 1984.

## Parteienossen! Agitiert für eine massenhafte Beteiligung an den Protestversammlungen gegen die Teuerung!

### Die Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Eine der wichtigsten Vorlagen, mit denen sich der preussische Landtag im Herbst zu beschäftigen haben wird, ist die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Bekanntlich hatten die gesetzgebenden Körperschaften zur Deckung der durch die Verbesserung der Wirtschaft erforderten Mittel für die Zeit vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1912 die Erhebung von Steuerzuschlägen zwischen 5 und 25 Proz. für alle Einkommen von mehr als 1200 M. beschlossen. Die Erhebung der Steuerzuschläge war als eine vorübergehende Maßregel gedacht, die nur so lange in Gültigkeit bleiben sollte, bis eine organische Neuordnung der direkten Staatssteuern erfolgt ist. Eine entsprechende Gesetzesvorlage sollte die Regierung innerhalb drei Jahren einbringen.

Wir haben die Regierungsvorlage, die im wesentlichen auf eine Ginearbeitung der Zuschläge in den Steuertarif hinausläuft, bei ihrem Erscheinen eingehend gewürdigt und hervorgehoben, daß sie weit entfernt davon, die Steuern organisch zu ordnen, sich mit der Ausmerzungen einiger Schönheitsfehler und mit der Schaffung von härteren Strafbestimmungen für Steuerdefraudanten begnügt, im übrigen aber den Minderbemittelten statt Erleichterungen sogar noch eine weitere Belastung bringt. — hat sich auch die Kommission, die über die erste Lesung der Vorlage einen eingehenden Bericht erstattet, in dieser Beziehung völlig auf den Standpunkt der Regierung gestellt und alle Verbesserungsanträge rundweg abgelehnt.

Den Besitzenden nicht wehe tun, der Arbeiterklasse nicht das geringste Entgegenkommen zeigen! Das war der Gesichtspunkt, von dem die Mehrheit der Kommission sich leiten ließ. Einig war sie mit der Regierung darin, daß der Staat auf die 60 Millionen, die die Zuschläge jährlich einbringen nicht verzichten, daß man diese Summe auch nicht etwa den stets wachsenden Eisenbahnüberschüssen entnehmen könne. Einigkeit herrschte auch darüber, daß es ein Verbrechen wider preussische Traditionen und preussischen Geist sei, die 60 Millionen aus dem Einkommen und Vermögen der Besitzenden aufzubringen. Wenn je eine Zeit die Entlastung der großen Masse des Volkes dringend erforderlich macht, so ist es die jetzige Zeit der Teuerung und der Schröpfung des Volkes durch indirekte Steuern. Aber dafür haben die gesetzgebenden Faktoren Preußens, dafür hat das Dreiklassenparlament und die Regierung, die Sachwalterin der Besitzenden, kein Verständnis.

Besonders kraft trat diese Verständnislosigkeit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, zutage gegenüber den Bestrebungen, die Grenze für das steuerfreie Existenzminimum heraufzusetzen. Heute beginnt die Steuerpflicht bei einem Einkommen von mehr als 900 M. Früher hat die Regierung selbst den Standpunkt vertreten, daß die Steuerpflicht erst bei einem Einkommen von 1200 M. zu beginnen habe. Eine solche Bestimmung sah der Regierungsentwurf vor, durch den zu Anfang der achtziger Jahre die Klassensteuer abgeschafft wurde, aber das Abgeordnetenhaus setzte das steuerfreie Existenzminimum auf 900 M. herab. Noch einmal versuchte die Regierung in der Session 1883/84 die Freistellung der Einkommen unter 1200 M. durchzusetzen. In der Denkschrift, welche sie damals dem Landtage vorlegte, bezeichnete sie die Befreiung bis zu 900 M. ausdrücklich als unzureichend. Seitdem ist ein Menschenalter ins Land gegangen die Preise für Lebensmittel, für Wohnungen und für alle sonstigen Bedarfsgegenstände sind unendlich gestiegen, der Wert des Geldes ist um mindestens 25 Proz. gesunken. Man hätte also erwarten dürfen, daß eine Regierung, die auch nur einigermaßen sozial empfindet, die Herabsetzung der Grenze des steuerfreien Existenzminimums auf 1500 M., wie sie von sozialdemokratischer Seite in der Kommission beantragt wurde, als berechtigt anerkannt hätte. Aber weit entfernt davon, bekämpfte der Finanzminister nicht nur diesen, sondern auch einen fortschrittlichen Antrag, der die Grenze auf 1200 M. heraufsetzen wollte. Die Regierung kann angeblich die 40,3 Millionen, die die Zinsen bis zu 1500 M. aufbringen, ebensoviele entbehren, wie die 18,6 Millionen der Zinsen bis zu 1200 M. Darüber, ob der Ausfall auf andere Weise weit gemacht werden kann, zerbrechen sich die Herren von der Finanzverwaltung nicht erst ihre erlauchten Schädel. Wozu auch? Der Unterstützung ihrer antisozialen Bestrebungen durch die übergroße Mehr-

heit des Landtages sind sie sich sicher. Ja, der Minister verstieg sich sogar zu der Behauptung, eine innere Berechtigung für die beiden Anträge liege überhaupt nicht vor. „Es sei auch prinzipiell nicht richtig, eine so weitgehende Steuerfreiheit eintreten zu lassen. Möglichst weite Kreise des Volkes müßten durch Pflichten mit dem Staate verbunden werden; es werde ein wichtiges ethisches Band zwischen Staat und Bürgern zerschnitten, wenn man die Steuerfreiheit weiter ausdehne. Wer Rechte im Staate haben wolle, müsse auch Pflichten gegen ihn übernehmen.“ Diese Phrasen, die sich besonders nett ausnehmen angesichts der Tatsache, daß die große Masse der Steuerzahler nur Pflichten hat, daß man ihnen aber ihre Rechte, vor allem das Wahlrecht, vorenthält, genügt, um nicht nur die beiden Anträge, sondern auch einen sozialdemokratischen Eventualantrag zu Falle zu bringen, wonach wenigstens die Zuschläge für Einkommen bis zu 1500 M. beseitigt werden sollten. Das letztere ist um so bemerkenswerter, als die Regierung in ihrer ursprünglichen Vorlage, die die Zuschläge in den Tarif hineingearbeitet wissen wollte, aus freien Stücken die Zuschläge bis zu 1500 M. beseitigt hatte. Aber der Appetit kommt beim Essen, und so erklärte denn der Minister, daß die Regierung, nachdem die Kommission ihren Tarif abgelehnt habe, die Konsequenzen ziehen und die Zuschläge in ihrer gegenwärtigen Höhe beibehalten müsse.

Einige Gegner einer Heraushebung der Grenzen für das steuerfreie Existenzminimum, vor allem die Vertreter des Zentrums, begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß es weit wichtiger und wertvoller sei, statt dessen das Kinderprivileg auszudehnen, d. h. die Bestimmungen, nach denen je nach der vorhandenen Zahl von Kindern Steuerermäßigungen gewährt werden. Es liefen denn auch eine größere Reihe von Anträgen auf Erweiterung des Kinderprivilegs ein, die aber samt und sonders von der Regierung aus finanziellen Gründen bekämpft wurden. Auch die Kommission verhielt sich in ihrer Mehrheit diesen Anträgen gegenüber ablehnend, sie erklärte sich lediglich mit der recht bedeutungslosen Abänderung einverstanden, daß bei Zensiten mit nicht mehr als 1200 M. die Ermäßigung um eine Stufe bereits bei dem Vorhandensein eines (anstatt wie bisher zweier) Kinder oder unterhaltungsspflichtiger Familienangehörigen eintritt. So wurden denn mit wechselnden Mehrheiten alle Anträge auf Steuererleichterungen für die Minderbemittelten abgelehnt. Die Hauptschuld ist hier wieder einmal dem Zentrum beizumessen, das es in der Hand gehabt hatte, die Grenze für das steuerfreie Existenzminimum wenigstens auf 1200 M. zu erhöhen. Macht es seinen Fehler in der zweiten Lesung nicht gut, so wird man mit Recht behaupten können, daß es dasselbe zweideutige Spiel getrieben hat, wie seinerzeit bei der Wahlrechtsvorlage.

Ueberhaupt scheint die Taktik des Zentrums weniger auf eine soziale Ausgestaltung des Steuergesetzes als vielmehr darauf gerichtet gewesen zu sein, der Masse, die ihm noch Gefolgschaft leistet, Sand in die Augen zu streuen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Antrag des Zentrums auf Schaffung eines neuen § 17b zu beurteilen, der nicht etwa dem Einkommensteuergesetz, sondern dem Gesetz betr. Aenderung des Wahlverfahrens folgenden Absatz 3 zu § 1 hinzufügen sollte: „Uebersteigt der Gesamtsteuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 M., so wird der Ueberschuß nicht angerechnet.“

An sich zweifellos ein vernünftiger Antrag, dazu angetan, in einigen Großstädten gewisse Auswüchse des plutokratischen Dreiklassenwahlrechts zu beseitigen. Das Wesen des Dreiklassenwahlrechts selbst aber wird davon nicht berührt, und vor allem dürfte der Zusammenhang dieses Antrages mit dem Gesetzentwurf, der der Kommission zur Beratung überwiesen war, nicht ganz einwandfrei sein. Doch mag dem sein, wie ihm wolle, daß eine stand von vornherein fest, daß die Mehrheit ihn ablehnen würde, und es hätte wirklich nicht erst des „Annehmbar“ der Regierung bedurft, um den Antrag zu Falle zu bringen. Das Zentrum aber hat sich durch dies Räuber einen billigen Agitationsstoff verschafft, um die Massen über seinen Berrat in der Steuerfrage und zugleich in der Wahlrechtsfrage hintertäuschen zu können.

In einer recht unangenehmen Situation befand sich das Zentrum gegenüber dem Antrag der Regierung auf schärfere Besteuerung der Konsumvereine. Nach diesem Vorschlage, der schließlich zur Annahme gelangt ist, gehören bei Konsumvereinen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlichen Bezeichnungen gewährte Rückvergütungen zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen. Von welcher großer finanzieller Tragweite das ist, erzieht man daraus, daß, wenn diese Bestimmung Gesetzeskraft erlangt, d. h. die Genossenschaft Brandenburger Konsumvereine jähr-

lich 487 000 M. mehr Steuern zahlen muß. Das Zentrum war in einer Zwidmühle. Als Partei, die sich als Retterin des Mittelstandes aufspielt, durfte es seine Wähler aus dem Mittelstand, als Partei, die sich als arbeiterfreundlich aufspielt, durfte es seine Wähler aus der Arbeiterklasse nicht vor den Kopf stoßen. Aber es wußte sich zu helfen. In der Voraussicht, daß ein Teil seiner Vertreter der Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine zustimmen würde, hielt der andere Teil geharnischte Reden gegen die steuerliche Ungerechtigkeit, und als es zur Abstimmung kam, stimmten gerade so viel Zentrumsleute für die Regierungsvorlage, wie zu ihrer Annahme erforderlich waren.

Wenn wir dies unehrliche Verhalten des Zentrums besonders festnageln, so soll damit nicht etwa den konservativen Parteien oder den Nationalliberalen ein Lob gesendet sein. Im Gegenteil, diese Parteien zeigten sich völlig bar jeden sozialen Verständnisses. Was sie vor dem Zentrum auszeichnet, ist nur die Offenheit, mit der sie gegen jeden Fortschritt stimmten.

Unter solchen Umständen bedarf es keiner besonderen Hervorhebung, daß der § 23, jenes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, beibehalten ist. Ebensovienig wird man sich bei der Zusammensetzung der Kommission wundern über die Ablehnung eines Antrages, wonach die nach der Reichsversicherungsordnung den Versicherten zustehenden Leistungen steuerfrei sein sollten, oder eines anderen Antrages, der die Abzugsfähigkeit der Beiträge zu Berufsvereinen festgelegt wissen wollte — ein Antrag, gegen den unter anderem ins Feld geführt wurde, daß die Berufsvereine „vornehmlich auch Streikfonds annehmen und überhaupt ein Mittel des Massenkampfes der Arbeiter gegen das Unternehmertum“ seien. Abgelehnt wurden ferner alle Anträge, die Steuererleichterungen für den Fall verlangten, daß auch die Ehefrau beruflich tätig ist. In diesen Fällen wird das Einkommen der Ehefrau dem des Mannes hinzugerechnet. Angenommen, der Mann verdient 1000, die Frau 700 M., so wird nicht etwa der Mann von einem Einkommen von 1000 M. mit 6 M. jährlich zur Steuer herangezogen, während die Ehefrau, da ihr Einkommen unter 900 M. bleibt, steuerfrei ist, sondern die 700 Mark werden den 1000 M. zugezählt und der Mann wird von einem Einkommen von 1700 M. mit 27 M., wozu noch ein Zuschlag von 5 Proz. kommt, veranlagt. Eine ganz enorme Belastung, die gerade die Allerärmsten trifft, die, um überhaupt existieren zu können, ihre Frauen mit erwerben lassen müssen. Daß für den Fall, daß das Einkommen von Mann und Frau zusammen 3000 M. nicht übersteigt, für besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Arbeitslosigkeit der Ehefrau eine Ermäßigung um 1 bis 2 Steuerstufen gewährt werden kann (nicht gewährt werden muß), ist bei weitem kein genügender Ausgleich für diese Härte.

Zu diesem mangelnden Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter steht die Bereitwilligkeit, auf gewisse Wünsche der Besitzenden einzugehen, in scharfem Kontrast. So sollen fortan außerordentliche Einnahmen aus dem nicht gewerbsmäßig unternommenen Verkauf von Grundstücken nicht als steuerpflichtiges Einkommen gelten, ein Geschenk an die Grundstückspekulanten, die natürlich niemals „gewerbsmäßig“ ein Grundstück verkaufen, sondern nur durch Zufall ihre Millionengeschäfte machen. Den Hausagariern wurde ein hübsches Geschenk dadurch gemacht, daß sie in Zukunft die direkten Kommunalsteuern in voller Höhe von ihrem Einkommen abziehen dürfen; das kostet den Staat freilich 4 1/2 Millionen, aber was fragt die Kommission danach? Arbeiter haben davon ja keinen Vorteil. Daß der Landrat nach wie vor den Vorschlag in den Veranlagungskommissionen führen soll, ist ein Befehl, für den die Agrarier sich dankbar erweisen werden. Ueber die Ablehnung der Einführung des allgemeinen Deklarationszwanges für Vermögen werden sich die Besitzenden in Stadt und Land freuen, und den Schmerz darüber, daß absichtliche Steuerhinterziehungen unter Umständen mit Gefängnis geahndet werden können, wird man bald überwinden. Es gibt ja so manche Strafbestimmung, die nur auf dem Papier steht.

Genau so wie die Vorlage der Regierung Hinderwerk war, sind auch die bisherigen Beschlüsse der Kommission Hinderwerk. Ob es im Laufe der weiteren Beratungen gelingen wird, Verbesserungen zu erzielen, ist fraglich. Je mehr sich aber Landtag und Regierung über die Forderungen der Minderbemittelten hinwegsetzen, um so deutlicher wird die Antwort sein müssen, die den reaktionären Gewalten bei den nächsten Wahlen erteilt wird.



# Vorübergehende Erscheinung oder bleibende Frivolität?

1905.

(Reichstags-Sitzung vom 30. November.) Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischsteuerung. Er fordert freie Einfuhr von Futtermitteln, Aufhebung der Vieh- und Fleischsperrung.

Landwirtschaftsminister v. Roddielski antwortet (Stenograph. Bericht 1. Band 1905/06, Seite 25): Er schildert den Zustand als einen vorübergehenden und sagt dann wörtlich: „Ist er dauernd, dann muß er beseitigt werden. Was ich zu sagen habe, geht darauf hinaus, daß ich darlege: die Teuerung und ihre Ursachen sind vorübergehend und deshalb in kurzer Zeit eine Milderung der augenblicklichen, wenig erfreulichen Verhältnisse zu erwarten ist.“

1906.

(Reichstags-Sitzung vom 11. Dezember.) Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischsteuerung und führt u. a. nach dem Stenogramm aus: „Herr von Roddielski hat damals (1905) von einer vorübergehenden Erscheinung gesprochen. . . . Das hat ihn allerdings nicht abgehalten, an anderer Stelle öffentlich zu erklären, daß er diese seine Behauptung selbst nicht geglaubt habe.“

Zur Beantwortung Landwirtschaftsminister v. Arnim: „Welches sind nun die Aussichten für die Preise der Zukunft? . . . Die Schweinepreise sind in den letzten Tagen um 15 bis 20 M. gefallen. . . . Daß dieser Preisfall von Bestand sein wird, dafür spricht der ganz außerordentlich vermehrte Auftrieb. . . . Damit wäre eigentlich die ganze Fleischnotfrage gelöst. M. S. 1 Ich bin, wie ich schon gesagt habe, der Ueberzeugung, daß die Viehnot und Fleischnot gelöst ist. Trotzdem haben es die beteiligten Regierungen für ihre Pflicht gehalten zu untersuchen, wie eine Milderung der Skalamität . . .“ (folgt eine Verufung auf die vorausgegangenen Ausführungen Rosadomsky, über unwesentliche Maßnahmen, Frachtermäßigung usw.)

1907.

(Reichstags-Sitzung vom 25. November.) Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Fleischsteuerung.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg antwortet: „ . . . Mit dieser Steigerung der Löhne hat naturgemäß auch ein Mehrverbrauch von Lebensmitteln stattgefunden und erfreulicherweise hat im allgemeinen auch die breiteste Schicht der Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, ihren Lebenszukunft zu verbessern, wie dies die Zunahme des Fleischverkehrs zeigt. . . . Wir können nicht einer vorübergehenden Erscheinung wegen Maßnahmen ergreifen, wie sie der Herr Vorredner zuletzt vorschlug.“

1911.

(Reichstags-Sitzung vom 23. Oktober.) Scheidemann begründet eine sozialdemokratische Interpellation über die Teuerung.

Reichsfinanzler v. Bethmann Hollweg antwortet: „ . . . Diesen Angriffen gegen unsere Wirtschaftspolitik werden die Regierungen einen entschiedenen Widerstand leisten. Wie ich wiederholt von dieser Stelle aus erklärt habe, ist für die verbündeten Regierungen das zähe und entschiedene Festhalten unserer Wirtschaftspolitik Sache wohl begründeter Ueberzeugung, und wir können uns auch durch die Folgen der diesjährigen Dürre, so beklagenswert sie sind, nicht von einem Wirtschaftssystem abbringen lassen, von dem wir die Ueberzeugung haben, daß es dem Wirtschaftsleben der Nation zum Segen gereicht habe.“

1912.

(„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. August): „Der Ausfall der gesamten Ernte läßt erwarten, daß die Futtermittel und damit die Vieherzeugung wieder billiger werden.“

Die heißen Sommermonate sind bekanntlich für die Viehnot die ungünstigsten und infolgedessen in der Regel auch die teuersten Monate. Wenn nun in diesem Jahre die Preissteigerung unter der Nachwirkung der vorjährigen Mähernte ganz besonders groß ist, so gestattet andererseits die starke und rasche Vermehrungsfähigkeit der Schweineproduktion angesichts der diesjährigen guten Ernte die Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen.“

Diese altentwöhnten Feststellungen sprechen für sich selbst: 1905: „die Teuerung ist vorübergehend“, 1906: „die Viehnot ist gelöst“, 1907: „eine vorübergehende Erscheinung“, 1911: „Folgen der diesjährigen Dürre“, 1912: „Hoffnung auf eine nicht allzu lang hinausgeschobene Rückkehr zu niedrigeren Preisen“.

Ein so zähes Festhalten an einem immer wieder widerlegten Irrtum ist einem normal gebauten menschlichen Denkapparat überhaupt unmöglich. Man muß schon ein Minister im Dienste des Bundes der Landwirte sein, um mit solcher Zähigkeit bei einer einmal objektiven Unwahrheit beharren zu können.

Läßt man die vorübergehenden Erscheinungen auf der Ministerbank Neuwe passieren, so erscheint der wädherr Roddielski immer noch als die sympathischste. Denn dieser alte ehrliche Minister und Großschweinezüchter hat bald nach seiner Reichstagsrede in seiner burlesken Weise lachend erklärt, daß er an die „vorübergehende Erscheinung“ selbstverständlich nicht geglaubt habe. Von Herrn v. Bethmann Hollweg muß man fast fürchten, daß er das, was er zwei Jahre später sagte, wirklich geglaubt hat. Aber ob diese leider noch nicht vorübergegangene Erscheinung gutgläubig oder bösmächtig ist, ist höchst gleichgültig. Das deutsche Volk weiß, daß die Teuerung unerträglich geworden ist, und ist entschlossen, nach dieser Meinung zu handeln.

## Ist australisches Fleisch gesundheitsgefährlich?

In einer Polemik gegen den Abgeordneten Arnstadt macht Dr. Müller im „Tag“ folgende bemerkenswerte Ausführungen über die Verwendbarkeit australischen Fleisches:

„Der deutsche Arbeiter kann dem unappetitlichen, faserigen, teils zu fetten Gefrierfleisch keinen Geschmack abgewinnen“, sagt Arnstadt. Woher diese Wissenschaft? In Chemnitz ist eine Sendung von 157 gefrorenen Hammeln aus Australien im Februar-

März d. J. nach dem unbedächtigsten Bericht der Schlächtereinnung dafelbst unbeanstandet aufgenommen worden. In Berlin konnte ein Warenhaus 100 Hammel der gleichen Herkunft seiner Kaufkraft unbeanstandet als frisches Fleisch verkaufen. Die am 19. April von der Berliner Markt- und Rühlhallen-Gesellschaft angestellte Koproben mit dem Fleische eines einheimischen gefrorenen Ochsens lieferte vor einer Gruppe unparteiischer und sachverständiger Herren, unter denen auch das Reichs-Gesundheitsamt vertreten war, den sinnfälligen Beweis, daß das gefrorene Fleisch im Aussehen und Geschmack in allen für die deutsche Küche in Betracht kommenden Zubereitungsarten ebenso appetitlich und nicht faseriger ist als frisches und natürlich auch nicht fetter sein kann als solches derselben Qualität. Womit selbstverständlich nicht gesagt sein soll, daß bei nachlässiger oder fehlerhafter Aufbewahrung oder Behandlung sich nicht allerhand Unzuträglichkeiten ergeben können, wie dies ja bei dem im Inlande geschlachteten Fleisch auch keineswegs ausgeschlossen ist. Ebenso wie die Frage des Fettgehaltes lediglich Sache der Auswahl des Schlächters ist und mit dem Gefrierverfahren nicht das geringste zu tun hat. . . . Die Schweizer Erfahrungen müssen vollends nach dem durch Umfrage bei den einzelnen Stadtverwaltungen zustande gekommenen Urteil des Schweizer Städteverbandes gegenüber allen mehr oder weniger befängenen und beeinflussten Privatmeldungen als durchaus zufriedenstellende betrachtet werden.

„ . . . Wenn in England im letzten Jahre annähernd 30 Prozent des gesamten Fleischverbrauches durch gefrorenes oder gefälschtes Fleisch gedeckt worden sind, so bedeutet dies bei der sehr geringeren Beteiligung Irlands und Schottlands an dieser Einfuhr und der Unmöglichkeit, das gefrorene Fleisch an solche Orte des Binnenlandes zu bringen, denen die erforderlichen Gefrieranlagen fehlen, und das gefälschte Fleisch über die Postenplätze hinaus zu versenden, daß in London und gewissen anderen englischen Großstädten der Gefrierfleischkonsum im Verhältnis zu dem Gesamtfleischverbrauch auf 75 bis 80 Prozent angenommen werden werden muß. Aus diesen Tatsachen einen Widerwillen oder gar ein Verächtnis des englischen Arbeiters gegenüber dem gefrorenen Fleisch konstruieren zu wollen, erscheint zum mindesten unvorsichtig.“

## Der Zoll auf Vieh und Fleisch.

Das System der Volksauswucherung durch die Viehzüchter und den Fleischgroßhandel beruht auf drei Säulen, dem Fleischbeschaugesetz von 1900 — dies behindert die Einfuhr von frischem Fleisch und Fleischwaren, wie Wurst, Corned beef usw. — den Vieh- und Fleischzöllen des Zuckerzollgesetzes von 1902, und des Viehzuchtengesetzes von 1909 — es sperrt die Grenzen für den Import von Vieh aus anderen Ländern. Fleischbeschau und Viehschuldenkarten sorgen mit ihren Bestimmungen, deren Ausführung zu einem wesentlichen Teile auch noch den Landesregierungen überlassen ist, dafür, möglichst wenig Konkurrenzvieh und Fleisch nach Deutschland hereinkommen zu lassen. Der Vieh- und Fleischzoll hilft dann dazu, daß diejenigen Nahrungsmittel, die doch noch den Weg durch die blockierte Grenze finden, „genügend“ verteuert im Inland auf dem Marke erscheinen.

Die Konservativen haben es Coprivi auch heute noch nicht vergessen, daß er durch seine Handelsverträge von 1894 den Versuch unternommen hat, den Widerstand des Hochzollsystems wenigstens in etwas zu mildern. Im Zolltarif von 1902 tobte sich die Vier der Agrarier nach Geld und Verdienst auf Kosten des Volkes aus. Das Zentrum war wieder Mitthelfer im Kampfe für die Volksauswucherung und Hüllen der agrarischen Geldbeutel; in Uebereinstimmung lebten sie ja schon seit langem. Die Handelsverträge von 1906 — sie laufen überdies 1917 ab und bedeuten deswegen einen kommenden neuen Kampf um Abschwächung des Zuckerzollgesetzes! — waren eine schäuderhafte Konzession der Regierung an den sozialdemokratischen Wahlsieg vom Juni 1903. Deswegen kam es zu einer allgemeinen Ermäßigung des Vieh- und Fleischzölles. Gegenüber dem Zustand bis 1902 ist trotzdem eine ganz ungeheuerliche Mehrbelastung der Vieh- und Fleischpreise und damit des Volkes geblieben.

Der Handelsvertrag von 1894 erhob den Viehzoll nach dem Stütz, die Zollsätze von 1902 und 1906 sind Gewichtsätze. Wir haben noch authentischer Grundlage die Zölle gleichmäßig für den Doppelzentner festgesetzt.

## Vieh- und Fleischpreise für den Doppelzentner in Mark

	Handelsverträge Generaltarif Handelsverträge		
	1894	1902	1906
Ochsen . . . . .	5,10	18,—	8,—
Kühe . . . . .	1,80	18,—	8,—
Kälber . . . . .	1,80	18,—	8,—
Jungvieh . . . . .	1,43	18,—	8,—
Schafe . . . . .	0,60	18,—	8,—
Schweine . . . . .	3,80	18,—	9,—
Herkel . . . . .	10,—	18,—	8,—
Schafe . . . . .	1,70	18,—	8,—
Fleisch, frisch, auch gefroren . . . . .	15,—	45,—	35,—
Fleisch, frisch, nicht gefroren . . . . .	15,—	45,—	27,—
Fleisch, einfach zubereitet . . . . .	17,—	60,—	35,—
Fleisch, geschl. . . . .	12,—	30,—	14,—
Wurst . . . . .	17,—	70,—	40,—
Speck . . . . .	20,—	88,—	36,—
Schmalz . . . . .	20,—	12,50	10,—
Schweinefett, roh . . . . .	2,—	6,—	6,—
Salz . . . . .	2,—	2,50	2,50
Butter . . . . .	frei	6,—	4,—

Die Handelsverträge von 1906 brachten zwar eine Erleichterung gegenüber den Kulturverbrechen des Zolltarifs von 1902, von der Widermaschine hat die Regierung samt ihrer schwarzblauen Majorität; auch 1906 nicht abgelassen! Zolltarif, Viehschuldengesetz und Fleischbeschaugesetz sind die Grundlagen, auf denen der Verrug des Volkes um sein Wohl und seine Zukunft, um die Gesundheit der kommenden Geschlechter ermöglicht wird.

## Ein Eindeutbild aus dem Osten.

Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Gnesen. Angeklagt ist der Arbeiter Tomczak, seine Frau und seine noch minderjährige Tochter sowie eine Frau Symanzki aus Schollen im Kreis Gnesen. Die Angeklagten sind beschuldigt, innerhalb der letzten 15 Monate bei dem Abdecker Czerninski in Schollen regelmäßig jede Woche 1 Pferd, 1 Ferkel und 1 Hundefleisch entwendet zu haben. Wohlgenannt gingen die Hungenruden nicht etwa bei einem Fleischer stellen, sondern begnügten sich mit dem Fleisch des Abdeckers. Die Frau Tomczak räumte unumwunden ein, jede Woche dreimal sich das Fleisch aus der Abdeckeri gestohlen zu haben. Und das Gericht? Es sah nicht die fürchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung, die in dem Diebstahl des Abdeckereifisches bestand, jenes Fleisches, das aus Gesundheitsrückichten verscharrt oder verbrannt werden sollte, und das die Kerntisten sich holten, um nur nicht zu verhungern; das Gericht sah allein das Vergehen gegen die Eigentumsordnung und verurteilte die Angeklagten zu fast drei Jahren Gefängnis. Der Arbeiter Tomczak erhielt ein Jahr drei Monate, seine Frau ein

Jahr sechs Monate und die Frau Symanzki zwei Wochen Gefängnis. Das Mädchen wurde freigesprochen. Und so geschah in der Zeit der Fleischnot in Posen.

## Magnahmen gegen die Teuerung.

Die Bürgerchaft in Bremen nahm einen sozialdemokratischen Antrag, die Milderung der Fleischnot betreffend, fast einstimmig an. Der Antrag verlangt, daß die Kommunen Maßnahmen treffen, damit der Bevölkerung blätiges und gutes Fleisch zugeführt werden kann. Ein anderer, von bürgerlicher Seite gestellter Antrag, der ebenfalls Annahme fand, ersucht den Senat, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch, insbesondere die Zufuhr ausländischer gefälschter und gefrorener Fleischwaren, zu erleichtern.

## Eine Revolte in Konstantinopel.

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ist bei den Gendarmen einiger in den Stadtteilen Galata und Kasim Pascha garnisonierender Truppenteile eine Meuterei ausgebrochen, der Versuch ist jedoch vollkommen fehlgeschlagen. Die Bewegung brach kurz nach Mitternacht los. Einzelheiten über die Ereignisse sind noch nicht bekannt, da die Kommandantur alle näheren Angaben verweigert. Es sind ausgebreitete Schutzmaßnahmen getroffen worden. Infanterie und Kavallerie wurde nach den wichtigsten Punkten der Stadt entsandt, eine Kavalleriepatrouille bewacht die Banque Ottomane. Auch alle anderen Banken werden bewacht. Heute früh herrschte in der ganzen Stadt vollständige Ruhe. Vor dem Kriegsministerium stehen drei Schwadronen Kavallerie. Im Kriegsministerium wurde die Auskunst erteilt, daß sich bei dem Zwischenfall die Treue der Regierungstruppen erwiesen habe. Die Untersuchung wird durch eine Sonderkommission geführt. Nach einer Version haben sich drei Gendarmerieoffiziere und etwa fünfzig Gendarmen an den Kundgebungen beteiligt, um Unruhen herbeizuführen. Alle wurden verhaftet und dem Kriegsgericht zugeführt. Der „Idam“ sagt, die Gendarmen hätten eine Kundgebung gegen die Regierung beabsichtigt. Die Regierung würde die Schuldigen streng bestrafen.

Soweit die offiziellen Depeschen, die noch hinzufügen, daß die Meuterei von jungtürkischen Komitee angestiftet worden seien. Privatmeldungen laufen sehr spärlich ein, da man versucht, den Vorgang möglichst zu vertuschen. Doch wird berichtet, daß an der Revolte auch Soldaten beteiligt gewesen seien.

Jedenfalls ist die Regierung vorläufig noch Herr der Lage. Aber der Vorgang zeigt doch, wie schwach ihre Position ist und wie weit die Unzufriedenheit und Desorganisation in der bewaffneten Macht gediehen sein muß. Ob wirklich das jungtürkische Komitee seine Hand im Spiele gehabt hat, ist vorläufig zweifelhaft. Wäre es der Fall, dann gewänne der Vorgang noch größere Bedeutung. Denn er würde beweisen, daß die Jungtürken den Plan, gewaltsam die Macht zurückzuerobern, nicht aufgegeben haben.

Und solche Revolten sind möglich, während rings das Land in Aufruhr steht und die Arnauten mit ihren Blünderungen und Mordtaten fortfahren! Ueber Berane und Umgebung ist der Belagerungszustand verhängt worden. Nach einer Meldung des Wali von Uesküb drang eine große Menge aufständischer Arnauten, begleitet von Bauern aus der Umgebung Ipek's, in diese Stadt ein. Die Arnauten begannen die Väden des Basars und viele Häuser zu plündern und verbreiteten Angst und Schrecken in der Stadt. Die bedrohte Bevölkerung fand bei den Behörden keinen Schutz. Die in Ipek weilenden deutschen Ingenieure der Straßenbaugesellschaft wurden bedroht und ausgeraubt. Auch wertvolle Instrumente wurden ihnen weggenommen.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Türkei möglichst rasch zum Friedensschluß mit Italien kommen möchte. Deshalb hat auch eine Meldung aus Paris einige Wahrscheinlichkeit für sich, die besagt:

Der Friede zwischen Italien und der Türkei ist bedeutend näher, als man in italienischen offiziellen Kreisen zugeben will. Es ist bereits gelungen, zwischen den Unterhändlern der beiden kriegführenden Mächte eine Verständigung herbeizuführen. Die fünf Punkte, die am meisten Schwierigkeiten bereiteten, sind zum Teil bereits in zufriedenstellender Weise erledigt. Es handelt sich dabei um folgende Punkte:

1. Italien verzichtet darauf, daß in dem Text des Friedensvertrages das italienische Anknüpfungsdekret erwähnt wird.
  2. Die Türkei ihrerseits ist damit einverstanden, daß das Dokument über den Friedensschluß die Anerkennung der türkischen Souveränität in Tripolitänien nicht enthält.
  3. Sobald es zu einem Waffenstillstand gekommen ist, haben die türkischen Truppen das Recht, sich so lange in der Cyrenaika aufzuhalten, bis alle schwebenden Fragen gelöst sind.
  4. Italien zahlt an die Pforte eine hohe Entschädigung für die Annexion von Tripolis.
  5. Nach Einstellung der Feindseligkeiten, sobald die Frage über die Okkupation des Hinterlandes von Tripolitänien in zufriedenstellender Weise geregelt ist, räumt Italien die von seinen Truppen besetzten Inseln im Ägäischen Meer.
- Daß der Friede wirklich gerade unter diesen Bedingungen abgeschlossen werden wird, ist natürlich nicht weniger als gewiß. Immerhin bemüht sich Herr Poincaré seit seiner Rückkehr aus Petersburg offenbar sehr energisch, um den Friedensschluß als Werk der Tripelentente erscheinen zu lassen.

## Vom Kriegsschauplatz.

Beirut, 29. August. Italienische Kriegsschiffe haben gestern einige Dampfschiffe und einige Segelschiffe durchsucht und ein Segelschiff weggenommen. Heute früh sind sie wieder in See gegangen, vermutlich nach Tripolis. In Syrien herrscht vollkommene Ruhe.

Rom, 29. August. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Juara vom 28. d. M.: Nach der endgültigen Besetzung von Juara und Regdaine, welche die Karawanenstraßen beherrschen, wäre die Aufrechterhaltung der Besetzung von Sidi Said nur eine unnötige Kräftezerplitterung gewesen. Die Italiener entschlossen sich daher zur Räumung von Sidi Said, die am 27. August auch vor sich ging.

Der Gouverneur von Tripolis, General Canova, hat heute seine Urlaubreise nach Italien angetreten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August 1912.

Das Ministerium Hertling und die Fleischnot. Der Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie erläßt eine Kundgebung zur Teuerung, in der es heißt:



Die Teuerungsbekämpfungen, die im vorigen Herbst in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung geführt wurden, hatten völlige Klarheit über den trostlosen Stand der Volksernährung gebracht. Von agrarischer unerbittlicher Seite wurde damals die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln und die Beschaffung überseeischer Geflügelfleisches als unabwendbar bezeichnet. Das Zentrum sprach sich entgegen seinen eigenen Sachverständigen gegen jede Durchbrechung des „Zollschutzes“ aus. . . . Durch die Großgrundbesitzerpolitik wurde die bäuerliche Viehproduktion ebenso wie die Volksernährung zerrüttet.

Die damalige Regierung wagte nicht unter dem Druck der Zentrumsmehrheit ihrer besseren Einsicht zu folgen. Sie beugte sich unter dem Willen der schwarzen Feudalpartei. Die neue, die Zentrumregierung kam. An der Spitze stand ein Mann, der eben erst Vorsitzender der Partei gewesen ist, die das Brot des Bettlers besteuerte und das Erbe der Millionäre freiließ. Was war von dem zu erwarten? Ihm zur Seite, für die Angelegenheiten der inneren Politik, ein Baron, der bis zu seiner Berufung Vorsitzender jener landwirtschaftlichen Interessenvertretung gewesen war, die ausschließlich die Politik der Großgrundbesitzer förderte.

Ein halbes Jahr regierten sie jetzt. Was haben sie getan? Sie haben sozialistische Staatsbürger enteignet, Staatsarbeitern, niederen Beamten, Landlehrern die Pflöcke aus größter Not verweigert und den geringen Kapitalisten die natürlichen Schätze Bayerns ausgeliefert.

Im März dieses Jahres wurde von unserer Seite der Ministerpräsident auf die amtlichen Sanitätsberichte hingewiesen, die festgestellt haben, daß in weiten Kreisen des bayerischen Volkes Unterernährung herrscht. Am 28. März äußerte sich Herrling über die Mischstände: „Diese Dinge“, sagte er, „erheischen allerdings die größte Aufmerksamkeit von den beteiligten Ministerien, und ich werde mich sofort mit dem Herrn Minister des Innern ins Benehmen setzen. Wir werden zunächst zu erheben haben, ob und wie weit ein solcher Uebelstand auf dem Lande besteht.“ Zurufe von der Linken befehlten ihn; im Lande. Der Minister fuhr fort: „Also im Lande. Ich habe verstanden auf dem Lande. . . Wie werden aber, wie gesagt, diesen Dingen energisch nachzugehen und Maßnahmen zu erwägen haben, die dagegen zu ergreifen sind.“

In welcher Weise ist dieses Versprechen energischen Nachgehens erfüllt worden? Nichts ist geschehen, obwohl sich die Verhältnisse noch schlimmer entwickelt haben als vorausgesetzt war. Nach der letzten amtlichen Aufstellung sind die Kleinhändlerpreise für Fleisch im August 1912 fast drei Jahren für das Kilogramm Rindfleisch um 33 Pf., das Kilogramm Kalbfleisch um 25 Pf., das Kilogramm Hammelfleisch um 26 Pf. gestiegen. Seit dem vorigen Jahre ist auch das Schweinefleisch um 27 Pf. teurer geworden.

Das sind Zahlen, die wie die Blutziffern eines verlorenen Krieges wirken! Welche ungeheure Summe von Sorge, Einschränkung, Entbehrung, Hunger, wie viel Verzicht auf andere Güter und Freuden des Lebens, für die keine Mittel mehr übrig bleiben, birgt diese Statistik!

Die Regierung aber geht energisch den Interessen der paar tausend Großgrundbesitzer nach, die aus dem Hunger der Massen ihre erhöhten Profite ziehen. Das ist der Segen der ganzen Wirtschaftspolitik gewesen: ein riesiges Steigen der Grundstückspreise und ein vermehrter Appetit der Feudalherren, die aus der Auswucherung der Massen Vermögen gewonnen haben, Bauernland zu verschlucken.

Die Geduld des Volkes ist erschöpft! Wir fordern Euch auf, Eure Stimmen zu erheben und den Regierenden klar zu machen, daß Ihr nicht länger gewillt seid, unter ihrem Unverständnis und ihrem bösen Willen zu leiden. Ihr seid es Euch und dem Vaterlande schuldig, daß Ihr diese innere Wehrlosmachung des Volkes nicht länger ertragt. —

Als Abhilfsmittel fordert der Landesvorstand: Öffnung der Grenzen, Ermöglichung der Masseneinfuhr billigen überseeischen Fleisches, ferner Aufhebung der Getreide- und namentlich der Futtermittelzölle. Von den Gemeindevorständen wird verlangt, daß sie ihren Einfluß auf die Staats- und Reichsregierung geltend machen, um die Ernährung der großen Masse zu sichern und daß sie ernstliche Versuche in der Richtung kommunaler Lebensmittelversorgung unternehmen. Die Arbeiter werden aufgefordert, den Arbeiter-Konsumvereinen beizutreten.

### Moral und Geschäft.

Aus Brandenburg wird uns geschrieben:

Von hat sich allgemein über das vom „Vorwärts“ längst wieder aufgedeckte Pharisäertum Daniels weiblich amüsiert. Die Sache war so heikel, daß es dem sonst so redseligen Agrarier-Völkling häufig die Red' verfiel. Seine „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt für Kaiser und Reich — für deutsche Art — nimmt aber nicht nur Annoncen für geschlechtliche Manipulationen auf, die er bei anderen Zeitungen mit Buchstaben bestrafen würde, sondern er sorgt auch für pikante Herrenlektüre. Erschien da vor einiger Zeit in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Inserat, das in unzweideutiger Weise die zottigen Wige anpries. Zum Ueberfluß war noch ein faunisch grinsender Lebensmannkopf und der Zusatz: „Nichts für Kinder!“ beigelegt. Als die „Brandenburger Zeitung“ diese Misotamoral gebührend brandmarkte, da erschien das Inserat nach einigen Tagen in etwas „gereinigter“ Form, wodurch die Sache selbst aber noch unreinlicher wurde; denn nun konnten harmlose Gemüther erst recht getäuscht und zur Anschaffung elter Schlüpfgrillen verleitet werden.

### Warum hat der Fleischextrakt eine Ausnahmestellung im Fleischbeschauengesetz?

Durch den Staatssekretär v. Solf ist bekannt geworden, daß ein hervorragendes Mitglied der konservativen Partei des Reichstages Mitglied des Ausschusses der Viehwirtschaftlichen Fleischextrakt-Kompagnie ist. Nach dem telegraphischen Bericht nannte der Staatssekretär diese Tatsache eine „Verurteilung“ für die Wünsche der Farmer auf Viehaustrich nach Deutschland. Die „Deutsche Tageszeitung“ wandte sich sofort dagegen, daß v. Solf damit einen Zusammenhang zwischen privater Tätigkeit und der parlamentarischen Vertretung des Abgeordneten konstatierte. Nun erinnert aber die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ an ein weiteres: „Diese Tatsache muß großes und begründetes Aufsehen erregen, wenn man an die Verhandlungen sich erinnert, die seinerzeit bei Beratung des Fleischbeschauengesetzes über den Fleischextrakt stattfanden. Der Fleischextrakt wurde damals dem Fleischbeschauengesetz nicht unterworfen. . . . Alle Bemühungen des Fleischergewerbes, die Veranschlagung des Fleischextraktes zu befähigen, waren damals vergeblich. Die agrarische Mehrheit des Reichstages und mit ihr die Regierung setzten durch, daß im Fleischbeschauengesetz lediglich dem Bundesrat die Befugnis gegeben wurde, durch Verordnung das Gesetz auch auf Fleischextrakt auszudehnen, was natürlich bis auf den heutigen Tag nicht geschehen ist. Die Regierung wird

nicht umhin können, eine Aufklärung dieser Verhältnisse zu geben.“

Wir sind der Meinung, daß neben der Regierung sich vor allem der betreffende Abgeordnete und die konservative Partei zur Sache äußern müssen.

### „Zuwendungen“ an die Altpensionäre.

Die Altpensionäre, d. h. diejenigen Beamten, die vor dem Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung in den Ruhestand versetzt worden waren, befinden sich insofern in ungünstiger Lage, als sie eine geringere Pension erhielten, als die nach dem Inkrafttreten der neuen Besoldungsbestimmungen in den Ruhestand versetzten Beamten. Sie leiden unter der Lebensmittelverteuerung nicht minder als die Beamten, die später in den Ruhestand versetzt worden sind. Es wäre ein Gebot der Billigkeit, diesen Pensionären denselben Ruhegehalt zu zahlen, wie den erst später aus dem Dienst geschiedenen Beamten. In verschiedenen Bundesstaaten ist denn auch zugleich mit der Besoldungsverbesserung auch für die Altpensionäre eine entsprechende Erhöhung ihres Ruhegehalts eingeführt worden. In Preußen dagegen erhielten die Altpensionäre Unterstützung, um die sie nachsuchen mußten und die sie mit ihrer besonderen Bedürftigkeit begründen mußten. Wiederholt hat sich das Abgeordnetenhaus infolge der Petitionen der Altpensionäre mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt. Es wurde auch beschlossen, daß den Wünschen der Altpensionäre im höheren Maße Rechnung getragen werden solle. Die Regierung hat nun auch eine neue Regelung eintreten lassen. Aber keineswegs eine solche, die den Forderungen der Altpensionäre entspricht. Während die Altpensionäre die Verringerung des Unterstützungswesens erstrebten und die Rechtmäßigkeit ihres Anspruchs anerkannt sehen wollten, sollen auch künftig die „Zuwendungen“ nur dann erfolgen, wenn bei den Beamten eine Bedürftigkeit oder „Würdigkeit“ anzuerkennen ist. Das aber war es, was die Beamten als etwas Erniedrigendes und Peinliches betrachteten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte denn auch gefordert, daß die Frage der Bedürftigkeit und Würdigkeit völlig ausgeschlossen habe und daß allen Altpensionären der Rechtsanspruch auf die entsprechend erhöhte Pension zugesprochen sei. Die Parteien und die Regierung hätten, ohne daß die erforderlichen Mittel allzu groß gewesen wären, zum mindesten auch nach dem Beispiel anderer Staaten die Regelung dahin vornehmen können, daß wenigstens den Beamten bis zu einer bestimmten Pensionshöhe das gleiche Ruhegehalt gewährt worden wäre wie den später pensionierten Beamten. Wenn bei einer Pension bis zu 3000 M. der Rechtsanspruch anerkannt worden wäre, wären alle die erniedrigenden und behördliche Schikane ermöglichenden Bedingungen für die „Zuwendungen“ in Fortfall gekommen. So aber ist eigentlich an dem ganzen System des bisherigen Unterstützungswesens nur das geändert worden, daß die Nachsuchen etwas direkter vorgenommen werden sollen und daß man an Stelle des Wortes „Unterstützung“ das Wort „Zuwendung“ gesetzt hat!

Wie man sieht, denkt die preussische Regierung, die allein aus den Eisenbahnen Preußens enorme Ueberschüsse heraus schlägt, so wenig daran, die Forderungen der Altpensionäre zu befriedigen, wie die nicht minder berechtigten der schlechter gestellten Beamtenkategorien überhaupt!

### Klerikale Gemütsmenschen.

In einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“ macht die „Augsburger Zeitung“, das Hauptorgan des klerikalen bayerischen Ministeriums, folgende Bemerkung:

Die Zeitschrift nicht fern, in der auch in Oesterreich eine wirklich konservative Regierung die Rüge ergreifen wird, und dann wird man in Preußen, Oesterreich und Bayern den Beweis händig liefern können, daß die brandenden Wellen der umwälzlichen Ideen sich brechen an Unbegreiflichen Männern.

Das klerikale Blatt spekuliert also auf den Tod des alten Kaisers Franz Josef, weil es von dem klerikalen Thronfolger hofft, daß er ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Römlinge sein werde. Angenehme Politiker!

### Die Klerikalisierung der Armee in Bayern.

Wie das Zentrum in Bayern die Klerikalisierung der Armee in Angriff genommen sehen will, führte bei der Beratung des Kapitals „Militärerbsorge“ im bayerischen Landtage der Zentrumsparrer Steets mit erfreulicher Offenheit aus. Das Zentrum fordert:

1. eigene Militärgemeinden mit wirklichen Militärparren unter Einbeziehung aller Militärpersonen,
2. überall eigene Garnisonkirchen,
3. „würdigere“ Stellung der Militärgemeinden hinsichtlich des Ranges.

Zu diesen „Grundforderungen“ gefellen sich noch allerhand „Ergänzungen“, z. B. die Herren Offiziere möchten sich doch öfter zum Gottesdienst einfinden; die Soldaten sollten in den Kasernen Kirchenlieder aben, damit sie beim Gottesdienst mitsingen können und nicht einschlafen. Ferner sollen die Militärgemeinden das Recht haben, nicht nur die Kasernenbibliotheken zu „revidieren“, sondern auch die Kasernenstuben zu durchsuchen, ob da nicht „bedenkliche Schriften“ mit „Irrelehren“ gelesen würden. Auch die katholische Presse sollte den Soldaten „zur Verfügung gestellt“ und ihnen der Zutritt zu konfessionellen Vereinen, Gesellenvereinen usw., sowie der Besuch von Versammlungen solcher Vereine gestattet werden.

Das sei ja ein recht „reichhaltiges Programm“, meinte leuzend der Kriegsminister v. Kerep. Er stellte zwar „wohlwollende Prüfung“ dieser Wünsche in Aussicht, konnte jedoch nicht versprechen, alle zu erfüllen. Da wird sich Freiherr v. Herrling wohl bald nach einem andern Kriegsminister umsehen müssen.

### Unter der Herrschaft des Militarismus.

Aus Mülhausen i. El. wird uns geschrieben:

Das in Mülhausen i. El. erscheinende bürgerliche „Mülhauser Tagblatt“ schreibt in einem Lokalartikel, der trotz der Aufforderung an den Regimentskommandeur, sich über den Vorgang zu äußern, nicht berichtigt werden konnte:

Eine widerliche Szene spielte sich Samstag mittag nach 2 Uhr auf der Dornacher, Ecke Fabrikstraße ab. Ein fünfzehnjähriger Lehrling der Kunstschlosserei Klopffette wurde nach Hause geschickt, um eilig etwas zu holen. Als er im Jurdielkommen auf die Dornacherstraße kam, sind gerade die Soldaten, von Dornach kommend, durchmarschiert. Da es dem Jungen zu lange ging, bis diese durch waren, sprang er zwischen zwei Kompagnien durch. Kaum war er drüben angelangt, als ein Offizier der 2. Kompagnie

des Infanterieregiments Nr. 170 dem Lehrling seinen Degen von hinten unterhalb des rechten Armes in die Seite stach, daß sich der Degen bog. Nur durch eine zufällig glückliche Wendung des Jungen ist dieser dem sicheren Tode entronnen. Der Stich ging durch die Kleider und verletzte noch die Haut, daß der Junge ziemlich blutete. Nicht genug damit, ging der Offizier noch ein bis zwei Schritte aus seinem Gliede heraus und führte noch zwei Schläge gegen den Lehrling aus.

Ein nicht ganz so schlimmes, weil nicht direkt blutiges, Erlebnis hatte am selben Tage in der Franklinstraße, welche die Fortsetzung der Dornacher Straße bildet, eine Frau. Diese wollte ebenfalls zwischen zwei vorbeimarschierenden Kompagnien durchlaufen, worauf der befehlige Offizier — wie uns geschrieben wird, ein Hauptmann — mit drohender Bewegung gegen die Frau den Degen zückte, so daß diese in Todesangst zurückfuhr.

Die beiden Vorkommnisse machen in der oberelbsässischen Arbeiterstadt gewaltiges Aufsehen, und die Presse beschäftigt sich eingehend damit, — nur die Regierungsorgane schweigen.

### Veteranenfürsorge.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir gestern eine dem „Berl. Tagebl.“ entnommene Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß das Reichschatam einem Kriegsteilnehmer den Pensionszuschuß um 30 M. gekürzt habe. Das Reichschatam gibt eine Aufklärung, aus der folgendes zu entnehmen ist: Der Veteran bezog eine Pension als früherer Güterregiment nach 38 Dienstjahren in Höhe von 2885 M. Dazu kam ein Zuschuß als Kriegsteilnehmer in Höhe von 57 M., in Summa also 2942 M. Durch die Novelle zum Reichsbeamtengesetz vom 17. Mai 1907 wurden die neuen Pensionsvorschriften auch auf die Kriegsteilnehmer ausgedehnt. Dadurch stieg die Pension des Betroffenen auf 2442 M., und zu dieser Pension hat ihm das Reichschatam nunmehr einen weiteren Zuschuß von 27 M. jährlich gewährt, so daß seine Gesamteinnahme sich auf 2469 M. beläuft. Daß die früher gewährte Zulage von 57 M. nach 5 Jahre lang begahlt wurde, beruht auf dem Versehen eines Beamten. Das Reichschatam erklärt weiter, daß es nach den gesetzlichen Bestimmungen zu solcher Neuregelung verpflichtet war.

Aus der Darstellung des „Berl. Tagebl.“ war diese Sachlage nicht zu erkennen.

### Zum Zeugniszwangsverfahren gegen Pfemfert.

Von Herrn Franz Pfemfert, dem Herausgeber der Wochenschrift „Die Aktion“, erhalten wir folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Redaktion!

Sie veröffentlichen in Ihrer heutigen Nummer eine Erklärung des Schuyverbandes deutscher Schriftsteller, die nur auf Grund solcher Informationen verfaßt sein kann. In dieser Erklärung wird behauptet, es habe sich um kein Redaktionsgeheimnis gehandelt; meine Ausfageverweigerung hätte vielmehr dem Angeklagten die Möglichkeit der Verstrafung eintragen können. Ich füge diesem Brief die lithographierten Stücke des inkriminierten Aufsatzes bei: es ist die Wiedergabe des Gurlittschen Artikels — in Gurlitts Original-Handschrift. Nun hätte ich eine Bitte, die Sie begreiflich finden werden: ich bitte Sie, auf Grund des Beweisstückes in der nächsten Nummer festzustellen, daß meine Ausfageverweigerung mit Recht unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis erfolgt ist.

Ich danke Ihnen und bin

Ihnen ergeben

Franz Pfemfert.

Beigefügt war dieser Zuschrift, wie wir bestätigen, das Protokoll zweier Absätze des erwähnten Manuskripts mit der unter Anklage gestellten Stelle.

### Stiftung einer Kolonialdenkmünze.

Etwas spät kommt eine neue Kolonialdenkmünze, die für die Teilnehmer an den im Dezember 1884 in und bei Kamerun durch die Kreuzer „Bismarck“ und „Olga“ damals ausgeführten Aktionen bestimmt ist. Die Denkmünze zeigt auf der Vorderseite das Brustbild des Kaisers mit seinem Namenszuge und darüber befindlicher Kaiserkrone und auf der Rückseite unter der Kaiserkrone die Aufschrift: „Den tapferen Streiter für Deutschlands Ehre“, umgeben von einem Lorbeer- und Eichenzweige. Farbige erhalten die Denkmünze in kleinerem Format. Viele, die an den hierdurch belohnten Taten teilgenommen haben, wird freilich diese Anerkennung für ihre kriegerischen Leistungen nicht mehr am Leben treffen, da seitdem schon 28 Jahre verlossen sind.

### Rußland.

#### Ein Lügendemont.

Das offizielle russische Informationsbureau dementiert die Mitteilung der „Monroe Bremen“, wonach der Führer der Militärmeuterei in Tschelent, G. Hesse, in die Dienste der Polizei gestanden hat. „G. Hesse hat weder dem Polizeidepartement noch der Gendarmereiaufsicht in Tschelent je irgendwelche Dienste erwiesen.“ So erklärt das offizielle Nestli, indem es in raffinierter Weise den Sachverhalt fälscht. Die „Monroe Bremen“ hat nämlich erklärt: „Vorläufig steht es fest, daß er der Polizei keine Dienste erwiesen hat.“ Diese Meldung des regierungstreuen Blattes wird nicht dementiert, und kann es auch nicht, da sie den vor dem Kriegsgericht festgestellten Sachverhalt wahrheitsgetreu wiedergibt.

### Amerika.

#### Die Lage in Nicaragua.

New York, 20. August. Präsident Taft hat seinen Befehl, die in Panama stationierten Truppen nach Nicaragua abzumarschieren zu lassen, anscheinend zurückgenommen, da am Dienstag zweitausend amerikanische Marinesoldaten in Nicaragua sein werden, und da er ein Telegramm des Kommandeurs des Kreuzers „Denver“ erhalten hat, in welchem der Kommandant mitteilt, die Führer der Aufständischen hätten ihm versichert, sie würden die Verbindung mit Managua und Corinto öffnen. Auch die Regierung von Nicaragua werde an der Aufrechterhaltung dieser Verbindung mitwirken. — Taft verheißt nicht, daß die Lage in Nicaragua ihm Beforgnis einflößt. Sollte er finden, daß die Lage diesen Schritt rechtfertige, so werde er nicht zögern, die amerikanische Armee dort in Aktion treten zu lassen.

In einer beim Staatsdepartement aus Nicaragua eingegangenen Depesche, in der um sofortige Hilfe für die in Matagalpa lebenden Amerikaner gebeten wird, wird die Ermordung des Deutschen Riefson in Matagalpa bestätigt.

New York, 20. August. Nach einem Telegramm aus Corinto ist Kapitän Lechune mit 200 amerikanischen Matrosen und Seesoldaten in das Aufstandsgebiet nach Leon marschiert. Sowohl in Leon als in Managua herrscht wieder Ruhe.



# Gewerkchaftliches.

## Angst vor der Konkurrenz der Gelben.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands hat durch seinen Vorsitzenden, den allzeit eifrigen und wortreichen Pfarrer Dr. Weber (M.-Glabbach) eine Erklärung an den „Föderationsausschuss für vaterländische Arbeitervereine“ erlassen, in der er versichert, daß die evangelischen Arbeitervereine seit 30 Jahren gegen die Sozialdemokratie, die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, kämpfte und dafür stets Anerkennung der höchsten Reichs- und Staatsbehörden empfangen habe. Mit den Ditsch-Dunderischen und Christlichen Verträgen man sich; ein solches Band binde die evangelischen mit den vaterländischen Vereinen aber nicht. Man sei bereit, sich scheidlich-friedlich zu vertragen, dann dürften aber in Orten, wo evangelische Arbeitervereine bestehen, nicht noch vaterländische Vereine gegründet werden.

Undant ist der Welt Lohn! Da hat der Herr Pfarrer sich 30 Jahre lang im Schweige seines Angesichts bemüht, mit seinen getreuen evangelischen Arbeitervereinen „die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, die Sozialdemokratie“, zu bekämpfen, hat seine Truppen bei den Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften mit ins Feld geführt, hat sie vor den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und noch mehr vor der Beteiligung an Streiks gewarnt, und nun kommen die Gelben, die noch vaterländischer sein wollen wie die Weberleute und brechen in deren Begehe ein. Am schmerzlichsten aber mag den tapferen Pfarrer die Erkenntnis berühren, daß es gerade seine ehemaligen Gegner, die Montanindustriellen, sind, die die „vaterländischen“ Werkvereine gründen und protegieren, womit den evangelischen Arbeitervereinen eine läbliche Konkurrenz gemacht wird. Auch die Unternehmer wollen im Klassenkampf keines Feld haben, auch sie wollen keine verschömmenen Halbheiten. Sie verlangen Abschaffung vom Streikrecht. Damit werden die evangelischen, wie die katholischen, wie die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften sich abfinden müssen. Das wird ihnen auch nicht schwer fallen. Evangelische und katholische Arbeitervereine stehen ja überhaupt nicht auf gewerkschaftlichem Boden und haben gewerkschaftliche Interessen der Arbeiter noch nie vertreten. Für diese beiden Richtungen besteht also kein Grund, daß sie hindern könnte, sich mit den Gelben zu einem einzigen unternehmerfreundlichen Bunde zu verschmelzen. Auch die Christlichen haben sich diesem Bunde in letzter Zeit bedenklich genähert. Wenn die Arbeiter, welche erkannt haben, wo ihre Interessen mit Entschiedenheit vertreten werden, von den christlichen zu den freien Gewerkschaften übertritten, dann kann auch der Rest ohne Bedenken in dem schwarz-blau-gelben Ragout aufgehen.

### Berlin und Umgegend.

#### Zur Aussperrung im Dachdeckergerber.

Am 27. August sollten die Mitglieder des Kuratoriums des paritätischen Facharbeitsnachweises nochmals über die Frage verhandeln: „Sind die Arbeitgeber berechtigt, neben dem paritätischen Arbeitsnachweis noch eine Arbeitsvermittlungsstelle einzurichten, um sich gegenseitig Arbeitskräfte zuzuführen?“ — Zur Sitzung waren wohl die Arbeitnehmer vollständig da, von den Arbeitgebern ließ sich aber niemand sehen. Auf telephonische Anfrage, ob die Herren Arbeitgeber zur Sitzung nicht erschienen, wurde der Bescheid: Die letzte Versammlung des Arbeitgeberverbandes hätte beschlossen, daß die Arbeitgeber zu dieser Sitzung nicht erscheinen sollten. Diese Anordnung scheint wahrlich nicht den Köpfen der Dachdeckermeister entsprungen zu sein; es besteht vielmehr die berechnete Annahme, daß die Arbeitgeber hierbei nach Anweisung des Kariells im Baugewerbe gehandelt haben. Noch niemals dürfte eine Organisation so unzuverlässig gewesen sein wie in diesem Falle der Arbeitgeberverband für das Dachdeckergerber zu Berlin. In der Sitzung am 20. August waren die Arbeitgeber vom Kuratorium sämtlich dafür, daß am 27. August noch einmal verhandelt werden sollte. War der Arbeitgeberverband damit nicht einverstanden, so wäre es Pflicht gewesen, den Vorsitzenden des Kuratoriums, Herrn Magistratsrat Dr. Wölling, in Kenntnis zu setzen. Dieses hätte der Anstand wohl unbedingt erfordert. Das Verhalten der Arbeitgeber beweist aufs neue, daß sie vollständig im Sinne der Schatzmacher im Baugewerbe marschieren. Wie lange noch? Auf die Dauer werden sich die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes jedenfalls nicht beruhigen lassen. Sie werden fordern, daß nun endlich etwas geschieht. Denn auf ein Nachgeben der Arbeiter brauchen die Arbeitgeber nicht zu rechnen. Dazu stehen die Dinge für die Arbeiter viel zu günstig. Fortgesetzt laufen die Bewilligungen ein. Es haben bis jetzt 27 Firmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter schriftlich anerkannt. Darunter befinden sich mehrere Meister, welche der Innung und auch dem Arbeitgeberverband angehören. Die Anzahl der Firmen, welche bewilligt haben, ist sicher ein Beweis dafür, daß die Arbeiter die Vermittlungsstelle der Arbeitgeber und auch die paar Arbeitwilligen nicht zu fürchten haben.

In den letzten Tagen hat die Zahl der Ausständigen etwas abgenommen, weil wieder ein Teil abgereist ist und ein anderer Teil Beschäftigung in den bewilligten Betrieben gefunden hat. Im Ausstand befinden sich noch die Arbeiter von 42 Firmen. Die Zahl der Ausständigen beträgt mit den Arbeitslosen 370. Die christliche Organisation ist am Ausstand mit 34 Personen beteiligt. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt demnach 418. Dieses ist der gesamte Umfang der Aussperrung. In der Generalversammlung der Arbeitgeber vom 8. Juli ist wohl beschlossen worden, sämtliche organisierten Dachdecker und Hilfsarbeiter auszusperrten. Gleich von Anfang an klappte die Sache schon nicht und in der darauffolgenden Zeit erst recht nicht. In Wirklichkeit haben nur 23 Firmen ausgesperrt von 200 Betrieben, die nach den Mitteilungen der Arbeitgeber in der Kuratoriumssitzung am 20. August in Groß-Berlin vorhanden sein sollen. Von den Arbeitgebern gewiß ein großartiger Schlag ins Wasser.

#### Zentralverband der Dachdecker.

Der Streit der Geschäfts- und Warenhandlutscher der Firma Wilke, Karlstraße 42 und Alt-Neubau 19, ist auf Beschluß der Streikenden für beendet erklärt. Durch Verhandlung der Firma mit der Organisation der Streikenden ist eine Verständigung herbeigeführt worden. Ein Teil der Streikenden verzichtet auf eine Wiedereinstellung, der übrige Teil wird am Sonnabend, den 31. d. M., resp. am Dienstag, den 1. September, wieder eingestellt. Den Eingestellten wird wegen ihrer Organisationszugehörigkeit nichts in den Weg gelegt.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche der Geschäftslutscher. Ausfahrungen gegen Streikbrecher sollen nach Mitteilung einer von der Polizei informierten Korrespondenz am Mittwochabend am Alexanderplatz vorgekommen sein. — Es handelt sich um die Streikenden der Fabrik chirurgischer Instrumente von Dewitt u. Herz in der Georgenkirchstraße. Der Streit dauert bereits mehrere Wochen. Durch Vermittlung eines bekannten Streikbrecheragenten ist die Firma mit Arbeitwilligen jener Qualität versorgt worden, die man unter der Bezeichnung „Hinkelbrüder“ kennt. Diese Elemente werden abendlich durch ein hartes Aufgebot von Polizeibeamten in Uniform und Zivil aus der Fabrik heimgeleitet. Ein solcher Aufzug muß in einer so stark belebten Stadtgegend natürlich Aufsehen erregen und Ansammlungen des Publikums zur Folge haben. Wie das bei solchen Gelegenheiten herzugehen pflegt, kann man sich denken. Die Streikbrecher, im Bewußtsein ihres „Werkes“ und sicher gemacht durch die polizeiliche Bedeckung reizen das Publikum, Schimpfworte sollen hinüber und herüber, bis schließlich einige besonders erregbare Leute zu Tätlichkeiten übergehen, die dann von den der arbeiterfeindlichen Berantm. Redakteur: Albert Bahr, Berlin, Infanterie teil berantm.

Presse dienbaren Weisern ausschließlich den Streikenden in die Schuhe geschoben werden.

So geschieht es auch im vorliegenden Falle durch die von der Polizei informierte Korrespondenz. Sie behauptet, die Arbeitswilligen seien von den Streikenden in großen Massen überfallen, verhöhnt, beschimpft und blutig geschlagen worden. Fünf der am schwersten Verletzten seien von der Polizei festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. — Die Korrespondenz weiß bereits, daß die Verhafteten ohne Zweifel eine ganz exemplarische Strafe wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und wer weiß was sonst noch zu erwarten haben.

Das mag ja der Wunsch der Gewährsmänner des Korrespondenten sein. Leute, welche die Dinge nicht durch die Polizeibrille betrachten, werden indessen erst abwarten, wie das Gericht die Sache ansieht, falls die Voruntersuchung überhaupt Material zu einer Anklage ergibt.

### Deutsches Reich.

#### Lohnbewegung der Papierwarenarbeiter in Aschersleben und Umgebung.

Als ein Hauptort der Papierwarenerzeugung Deutschlands kann unstreitig Aschersleben bezeichnet werden. Noch vor einigen Jahrzehnten war davon nichts zu bemerken, da begann erst die Herstellung von Papierdüten und Beuteln in ganz bescheidenem Maßstabe in der Heimindustrie. Jetzt ist die Hauptfirma mit allen Hilfsmitteln moderner Technik ausgestattet, und außerordentlich viele Arbeitskräfte stehen ihr zu Hunderten zur Verfügung. Aber nicht nur in den Fabriken vereinigen sich Hunderte von Arbeitskräften zu rastlosem Schaffen, auch an die tausend Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen werden von den drei am Orte bestehenden Firmen beschäftigt. Allein für die zahlreichen Papierwarenarbeiter in den Fabriken — mit Ausnahme der Buchdrucker und Steinbrücker, die durch tarifliche Vereinbarungen günstiger gestellt sind — ist Segen nicht der Nähe Preis, denn der Lohn ist außerordentlich niedrig, und in keiner Stadt mit gleicher Industrie so tief gesunken. Kommt es doch vor, daß Arbeiterinnen mit Wochenverdiensten von 2,40 M. nach Hause gehen müssen. Ein Tarif besteht nicht, die Löhne und die Akkordpreise werden nach Belieben der Werkmeister festgesetzt und oft noch durch willkürliche Strafen gekürzt.

Endlich dämmerte aber auch in diesen schlecht entlohnenden und gedrückten Arbeiterschichten die Erkenntnis, daß es nicht so weitergehen könne. Zahlreiche Beiräte hatte die zuständige Organisation, der Buchbinderverband, zu verzeichnen, und er ist den Wünschen der Arbeiter nach Ausarbeitung eines Tarifentwurfs nachgekommen, der jetzt den Ascherslebener Papierwarenfabrikanten unterbreitet worden ist.

Da in Aschersleben große Massen von Papierwaren aller Art für Konsumvereine hergestellt werden, so rechnet der Buchbinderverband auf deren Unterstützung bei der Lohnbewegung.

**Achtung! Metallarbeiter!** In der Wägereimaschinenfabrik von Haagen u. Rinow in Bremen befinden sich sämtliche Arbeiter im Streik. — Zugung von Metallarbeitern sämtlicher Branchen ist streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Bremen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Ditsch-Dunderische Sozialarbeit.

Warum organisieren wir die Heimarbeiterinnen? Die Frage wird jeder leicht beantworten, wenn er auch nur eine blasse Ahnung von dem Elende dieser ausgebeuteten aller Proletarierinnen hat und zum anderen ein ernsthafter Freund dieser buchstäblich vegetierenden Lehnantwende ist. Dem Ditsch-Dunderischen „Gewerksverein“ blieb es vorbehalten, eine neue originelle, aber auch zugleich schändliche Antwort auf die Frage: warum organisieren wir die Heimarbeiterinnen, zu finden. Ein Heines schäbliches und obskures Blättchen hatte die Ditsch-Dunderianer angegriffen, weil sie nicht ebenso gewissenlos gewesen sind, wie die Christlichen, die aus der Penniglosigkeit ihrer Heimarbeiterinnenorganisation hundert Mark für die nationale Flugspende zum Fenster hinauswarfen.

Wie es selbsterklärend ist, beurteilt der Gewerksverein das Opfer der Hungerpennige von Heimarbeiterinnen für Blut- und Nordzweck, meint aber zugleich, es sei nationaler gehandelt, mit den Verbandsbeiträgen die Heimarbeiterinnen in der Verbesserung ihrer überaus traurigen Lebenslage zu unterstützen, „damit diese dann ihrer Aufgabe als Mütter und Erzieherinnen zukünftiger Vaterlandsverteidiger gerecht werden können“.

Ist das wirklich die Hauptaufgabe des Ditsch-Dunderischen Gewerksvereins für Frauen und Mädchen? Gibt es nicht wichtigere Kulturaufgaben, als dafür zu sorgen, daß aus Heimarbeiterinnen zukünftige Kanonensputter herausgeholt wird?

#### Frauen- und Kinderarbeit in der Holzspielwarenindustrie des Erzgebirges.

In den Aufgaben, die der letzte Reichstag zu erledigen hatte, gehört auch eine Änderung des Hausarbeitsgesetzes. Einige Verbesserungen wie: der Auszug von Lohnstufen, die Verabreichung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln, Fachausweise, die zur Regelung der Lohnfrage gebildet werden, sind ja geschaffen worden. Die Heimarbeiter können aber damit nichts anfangen, weil die Voraussetzung dafür fehlt: eine große, starke Organisation, Disziplin und Schulung, um an der Hebung des Standes mitzuarbeiten. Das Kernproblem ist aber die Lohnfrage. Erst wenn für den Heimarbeiter Mindestlöhne festgelegt sind, wenn er keine Konkurrenz, keine Unterdrückung des Arbeitslohnes zu fürchten braucht, dann ist auch das Problem der Lohnfrage für ihn gelöst. Denn das Wesen der Heimarbeit besteht ja darin, daß der Fabrikant oder Verleger den Arbeitslohn bestimmt. Aber nicht nur das. Er erspart in der Heimarbeit auch die Aufwendungen für Werkstätten und Werkzeuge. Der Unternehmer zahlt niedrige Löhne und der Heimarbeiter kann diese Löhne nur erheben, indem er die Arbeitszeit verlängert und die Arbeitskraft seiner Familie mit benützt. Deshalb hat die Heimarbeit zu einer restlosen Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit geführt. Der Hausindustrielle soll ja noch billiger arbeiten wie die Maschine. Er zerlegt sich seine Arbeit. Die schweren Arbeiten verrichtet er selbst, die Hilfsarbeiten erledigen Frau und Kinder. Diese Arbeitsverteilung finden wir besonders in den Spielwarenbetrieben.

Der Spielwarenmacher ist als Hausindustrieller selbstständig. Er kauft Holz und die verschiedenen Rohmaterialien selbst ein und ist Spezialist geworden. Der eine fertigt Tiere, der andere Soldaten, Puppenmöbel, Radelbüchsen, Spardüsen, Thermometer, Baukästen, Schwabreiter und vieles andere mehr.

Das Rohmaterial für den Tiermacher z. B. ist Holz, Forbe, Leim. Der Baumstamm wird zerlegt und die Klöße kommen in die Dreherei, wo sich der Spielwarenmacher gegen eine jährlich zu entrichtende Pachtsumme das Holz ausdrehen kann. Oder er gibt den Dreher den Auftrag. Die Dreher haben sich zusammengeschlossen. Sie arbeiten gemeinschaftlich, deswegen können sie auch bestimmend auf die Lohnverhältnisse einwirken. Allerdings bilden sie nur eine ganz kleine Gruppe.

Die Baumstämme werden zerhackt. Aus den Scheiden entstehen Ringe, so daß der Querchnitt die äußere Form der Tiere darstellt. Speziell aber das Anleimen der Hörner und Schwänze, das Eintanken in die Farbflüssigkeit oder das Bemalen und das Verpacken ist Frauen- und Kinderarbeit.

Kun hat ein bürgerlicher Gelehrter, Dr. E. Westenberger, dieses Arbeitsgebiet an Ort und Stelle studiert und als Buch bei Wigand in Leipzig erscheinen lassen. Viel Material ist da zusammengetragen und in einem Kapitel beschäftigt sich der Verfasser auch mit dem Problem der Frauen- und Kinderarbeit. Sobald er aber soziale Probleme unterläßt, merken wir den bürgerlichen Gelehrten, der Ursache und Wirkung nicht voneinander unterscheiden kann.

Der Verfasser hält die Frauenarbeit in diesem Industriezweig nicht für gesundheitsgefährlich. Die Handreichungen erfordern keine Körperkräfte. Die langweiligen und geisttötenden Verrichtungen der Frauen in der Spielwarenindustrie sind wenig anstrengend und werden durch die Beforgung des Haushaltes unterbrochen. Nur die schlechte Ernährung und die schlechten Wohnungsverhältnisse untergraben die Gesundheit der Frauen.

Auch die Kindererziehung werde durch die Mitarbeit der Frau nicht beeinträchtigt, da ja die Mutter ständig das Kind unter ihren Augen habe. Mit dem Verschwinden der Frauenarbeit in dieser Industrie würde das Problem der Erziehungsarbeit nicht im geringsten berührt oder gebessert werden. Der Haushalt ist einfach, die Hausgeräte primitiv, die Beforgung des Haushaltes lasse viel Zeit übrig.

Der Verfasser hält die Arbeit vom kulturellen Standpunkt für tief bedauerlich. Er betrachtet aber die Arbeit, die dort von den Kindern geleistet wird, überhaupt nicht als Arbeit. Es seien nur Hilfsleistungen, keine Kraft und Geschicklichkeit brauche vorhanden zu sein. Solche Handreichungen seien oft mehr ein Spielen oder angenehmer Zeitvertreib als eine erzwungene anstrengende Arbeit. Die Frauen- und Kinderarbeit könne nicht als schädlich angesehen werden, wenn die Arbeit in gesunden Räumen und unter Verhältnissen stattfände, die eine Schädigung der körperlichen Gesundheit nicht erwarten lassen. Die Wohnungsverhältnisse wären aber die traurigsten Ergebnisse der Hausindustrie des Spielwarenbereiches.

Die körperlichen und geistigen Gesundheitsverhältnisse sind einfach furchtbar, dafür bringt der Verfasser selbst den Beweis: In der I. Klasse der zweiklassigen Volksschule in Steinhübel waren 1909 88 Kinder, von denen 17 ihren Eltern bei der Spielwarenfabrikation halfen. Von diesen Kindern wurden 2 als völlig degeneriert, 3 als körperlich zurück, 8 als geistig zurück und 2 als dauernd kränzlich bezeichnet. In der II. Klasse halfen von 10 Kindern aus hausindustriellen Familien 12 ihren Eltern regelmäßig bei der Arbeit. Von diesen waren degeneriert 3, körperlich zurück 3, körperlich und geistig zurück 2. Von 29 in der Hausindustrie mitbessenden Schulkindern waren also 18 nicht normal, das sind 62 Proz., und es ist leider anzunehmen, daß dieses erschreckende Verhältnis nicht nur in Steinhübel, sondern auch in anderen Spielwarenbetrieben obwaltet.

Der Verfasser gibt also selbst den Beweis, er findet aber nicht die Ursachen dieser Verelendung. Die niedrigen Löhne sind die Ursachen der Frauen- und Kinderarbeit, sind die Ursachen der schlechten Wohnungsverhältnisse, sind die Ursachen der elenden Ernährungsweise und der traurigen Gesundheitsverhältnisse überhaupt. Und unter solchen Verhältnissen, unter dem Druck der Erwerbsarbeit kann ja auch nicht von einer Erziehung gesprochen werden. Gerade hier wird von der Proletariermutter ein solch hohes Maß von Geduld verlangt, wie sie es gar nicht besitzt.

Westenberger ist auch der Ansicht, daß der Hausindustrielle heute seine Lage nicht als eine schlimme empfinde, daß er sich glücklich fühle in seinen bescheidenen Verhältnissen; daß eine weitergehende Unzufriedenheit nicht vorhanden sei, beweise, daß der Holzarbeiterverband keine Erfolge in der Agitation aufzuweisen habe. Zu solchen Ansichten kann nur jemand kommen, der sich keine Informationen beim Lehrer, beim Pastor, beim Gemeindevorstand holt. Da wird man immer hören, daß die Erzgebirger ein ganz zufriedenes Völkchen sind.

Heimarbeit ist heute noch Hungerarbeit. An dieser harten Tatsache wird nichts geändert, selbst wenn bürgerliche Forscher in das düstere Gemälde ein paar helle Partien hineinzeichnen versuchen. Die elende Lage des Heimarbeiters hängt zusammen mit der Stellung, die dieser im Produktionsprozeß einnimmt. In den Heimarbeiterbezirken gilt auch heute noch das Vieh, das uns die Ernährungsweise des Erzgebirgers charakterisiert: „Kartoffeln in der Früh, zu Mittag in der Brüh“, des abends mit samt dem Kleid — Kartoffeln in alle Ewigkeit!“

## Letzte Nachrichten.

### Ein türkisches Dementi.

Konstantinopel, 29. August. (B. Z. V.) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es sich bei den Vorfällen in der vergangenen Nacht um einen solchen Alarm handle, hervorgerufen durch unrichtige Informationen der Polizeidirektion, welche die plötzliche Ankunft eines Juges Soldaten signalisierte. Wenigstens handelt es sich um eine offiziellen Kommunikation zufolge nicht um eine Demonstration von Gendarmen. Die oben bezeichneten Soldaten waren von dem Munitionsdépôt Karagatsch zurückgeführt, um von anderen abgelöst zu werden. Der Terzium wurde bald erkannt.

### Englands Vorschlag zur chinesisch-tibetanischen Einigung.

Peking, 29. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Gesandte Jordan hat an die chinesische Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der er die Lage in Tibet und die ausgesprochene Absicht Chinas, Tibet der chinesischen Republik als Provinz anzugliedern, behandelt. Die Denkschrift tritt dafür ein, daß den Tibetern gestattet werde, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen, ohne daß China sich einmische, und legt an, daß China eine Vertretung in Lhasa errichte, welche die Tibetaner in bezug auf die auswärtige Politik informieren solle. Diese Vertreter sollen eine Leibwache haben, aber China solle in Tibet keine unbegrenzte Truppenmacht halten und der jetzt auf dem Marsche befindlichen Expedition nicht gestatten, dorthin vorzurücken. China brauche indisches Gebiet jetzt nicht als Heerstraße nach Tibet zu benutzen. Schließlich empfiehlt die Denkschrift den Abschluß eines neuen englisch-chinesischen Abkommens, das der Anerkennung der chinesischen Republik durch England vorgehen müsse.

### Im russischen Interesse.

Täbris, 29. August. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Auf Anordnung der persischen Regierung ist einer der mächtigsten Schachsewennenshans, der durch seine Ueberfälle an der kaukasischen Grenze berüchtigte Hamedkuli Khan, in Ardebil hingerichtet worden.

### Russische Henkerjustiz.

Petersburg, 29. August. (B. Z.) Das Urteil gegen die Reuterer des Tschakentier Pionierdations ist außerordentlich streng ausgefallen. Vierzehn der Reuterer wurden heute hingerichtet, während einer, der seine Kameraden verraten hatte, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt wurde.

### Die Ueberschwemmung Norwichs.

Norwich, 29. August. (B. Z. V.) Die Fluten bedrohen die Stadt noch weiter. Das Wasser, das im Laufe der Nacht gefallen war, ist heute infolge eines neuen heftigen Regengusses wieder gestiegen. Es besteht die Gefahr, daß Trinkwasser und Lebensmittel heute ausgehen. Der Ausbruch einer Seuche wird befürchtet. Heute sind mehr als 10 000 Leute obdachlos. Das kommerzielle Leben in der Stadt ist so gut wie unterbrochen. In Hunderten von Läden ist ein Handelsverkehr unmöglich. Viele Gebäude sind eingestürzt. Die Leiche eines ertrunkenen Kindes ist heute gefunden worden.

### Vom Fernflug Paris-Berlin.

Villacoublay, 29. August. Der französische Flieger Brindejonc ist in der belgischen Stadt Verbiere wegen Motordefekt gelandet.

### Bilzvergiftungen und kein Ende.

Genf, 29. August. (B. Z.) In Collonges-sous-Salève erkrankte die aus 10 Köpfen bestehende Familie eines Wäckermeisters infolge Genußes giftiger Bilze. Den Bemühungen der Ärzte gelang es, fünf Personen zu retten, die übrigen fünf schwanden noch in Lebensgefahr.



Aus der Partei.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie des Herzogtums Hessen findet am Sonnabend, 31. August, und Sonntag, 1. September, in Erbach (Odenwald) statt. Der Jahresbericht des Landessekretärs für 1911/12 befaßt, daß es auch in Hessen abermals ein tüchtig Stück vorangegangen ist. Die Zahl der Mitglieder in den neun Reichstagswahlkreisen stieg von 19 503 auf 20 642, die sich auf die Kreise wie folgt verteilen: Alsfeld-Lauterbach 99 (90 im Vorjahre), Wingen-Alzen 542 (447), Darmstadt-Großgerau 3305 (3015), Erbach-Bensheim 1001 (883), Offenbach-Dieburg 7847 (8400), Friedberg-Waldungen 2817 (2978), Siegen-Widda 1870 (1000), Mainz-Oppenheim 2362 (2436), Worms-Heppenheim 1198 (954) Mitglieder. Von den 20 642 Mitglieder insgesamt sind 1620 weibliche gegen 1520 im Vorjahre. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken hat sich von 852 000 auf 402 000 gesteigert. Im Laufe des Jahres wurden circa 1 400 000 Flugblätter und 5000 Agitationsbroschüren zur Verteilung gebracht. Die Reichstagswahlen erforderten im Lande insgesamt 50 672,81 Mark Kosten; von dieser Summe floßen 25 870 Mark aus der Landeskasse, während der Rest in den Kreisen aufgebracht wurde. Für die Sozialdemokratie wurden bei der Reichstagswahl 98 047 Stimmen abgegeben, das sind 89 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie ist jetzt die weiteststärkste Partei im Lande; ihr folgt die nationalliberale Partei mit 63 716 Stimmen, eingerechnet die für Freiberger v. Hehl und Dr. Weder aufgebracht, das sind 26 Proz. Mit 89 678 (10 Proz.) folgen die Freisinnigen, mit 25 279 (10 Proz.) das Zentrum und mit 22 614 (9 Proz.) die Antisemiten und Bündler. — Die Parteipresse hat infolge der Wahlen einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen.

Aus dem russischen Parteileben.

Trotz aller äußeren und inneren Hindernisse macht die Mobilisation der sozialdemokratischen Parteikräfte in Rußland immer weitere Fortschritte. So fand Ende Juni die neunte Konferenz des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland“ statt, die von 27 Parteiorganisationen besetzt war. Warschau, Lodz und Wilna entsandten 4 Delegierte, während die übrigen 9 auf den Bezirkskonferenzen in Dwinisk, Grodno, Minsk und Südrußland gewählt worden waren (3 Delegierte konnten auf der Konferenz nicht erscheinen). Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit den Wahlen für die vierte Duma, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Parteiarbeit stehen. Wir entnehmen darüber dem offiziellen Konferenzbericht folgendes:

Als eine der Hauptaufgaben der Wahlkampagne betrachtet die Konferenz „eine umfassende Agitation für unser sozialdemokratisches Programm, die Gegenüberstellung unserer revolutionären Taktik der Halbheit und Unschlüssigkeit der bürgerlichen Opposition, die Erweiterung der Reihen unserer Partei und die Sammlung aller Klassenbewußten Elemente der Arbeiter um unsere Fahne“. Als Lösungen des Wahlkampfes proklamiert die Konferenz die Verwirklichung der vollen bürgerlichen und persönlichen Freiheit (in erster Linie des Koalitions- und Streikrechtes), die Aufhebung aller Ausnahmestellen und aller Einschränkungen gegen die nicht-russischen Nationen, die nationale Gleichberechtigung, eine umfassende Selbstverwaltung und Arbeitergesetzgebung, politische Amnestie, Aufhebung der Todesstrafe usw. Gegen das Regime des Staatsstreiches erhebt sie die Forderung der „souveränen Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes“. Diese Thesen sollen dem Zentralkomitee des „Bundes“ als Grundlage für die Wahlplattform dienen.

Interessant sind die Beschlüsse der Konferenz hinsichtlich der Taktik bei den bevorstehenden Wahlen. Ueberall, wo nur die geringste Möglichkeit vorhanden ist, sollen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt werden. Im ersten Vorzug muß die Sozialdemokratie vollkommen selbständig vorgehen, ohne mit anderen Parteien Vereinbarungen abzuschließen. Bei den Stichwahlen sind Abmachungen mit den oppositionellen Parteien und die Unterstützung nichtsozialdemokratischer Kandidaten zulässig, aber nur im Falle einer wirklichen reaktionären Gefahr. Eine abweichende Bestimmung ist nur für Polen angenommen worden, wo das Wahlgesetz keine Stichwahlen zuläßt. Hier muß die Frage der „reaktionären Gefahr“ schon vor den Hauptwahlen entschieden werden. Auf den Gouvernementswahlmännerversammlungen verständigen sich die Sozialdemokraten über die Verteilung der Mandate nur mit den Parteien, die nicht rechts von den Kadetten stehen. Von den parteilosen Oppositionskandidaten wird die Berücksichtigung verlangt, daß sie in der Duma für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, für die Koalitionsfreiheit und die nationale Gleichberechtigung eintreten werden.

Da die Herbeiführung einer Verständigung zwischen den verschiedenen Richtungen und Organisationen

der Sozialdemokratie Rußlands die wichtigste Vorbedingung einer erfolgreichen und zielbewußten Wahlkampagne ist, nahm die Konferenz auch zu dieser Frage Stellung. In der entsprechenden Resolution begrüßt sie die Tätigkeit des Organisationskomitees, beschließt, auf die von ihm einberufene Konferenz vier Delegierte zu entsenden und berurteilt in der entscheidendsten Weise alle Versuche, eine Spaltung in der Reihen der Arbeiterklasse einzutragen.

Zum Schluß nahm die Konferenz auch Stellung zu dem insamen Wahlrechtsraub an den Juden, den die Regierung unter der Form von „Erläuterungen“ des Wahlgesetzes durch den allzeit dienstfertigen Senat vor einigen Monaten beging. „Wir, die Vertreter des kämpfenden jüdischen Proletariats — heißt es in der entsprechenden Resolution — das durch seinen schweren Kampf politische Rechte für das jüdische Volk erkungen hat, beantwortet dieses neue Attentat der Reaktion ebenso wie alle Verfolgungen und Gewalttaten: mit seiner ganzen Energie und seinem ganzen Mut wird das jüdische Proletariat die Rechte verteidigen, die mit dem Blute der Arbeiterklasse erkaufte worden sind. Hand in Hand mit den Arbeitern aller Nationen wird es unermüdet seinen revolutionären Kampf gegen die Mächte der Finsternis, den Kampf für wahre Freiheit und Gleichberechtigung weiterführen.“

Soziales.

Ein moderner barmherziger Samariter.

Es da ein Arzt Dr. F., der als Menschenfreund Klassenmitgliedern gern seine Hilfe gewährt, leider aber bei der Krankenkasse nicht die nötige Dankbarkeit vorfindet, weil diese immer wieder behauptet, seine Liquidationen — er ist nämlich kein Kassenarzt — seien zu hoch, mit der Gebührenordnung nicht in Einklang zu bringende. Als Dr. F. nun wieder einmal eine Frau A. in seiner Klinik operiert und dafür 50 M. verlangt hatte, beanstandete die böse Kasse, die hiesige Ortskrankenkasse der Schneider pp., nach Anhörung eines ärztlichen Sachverständigen nicht weniger wie fünf Positionen der Liquidation und weigerte sich, mehr als 35 M. zu zahlen, weil die darüber hinausgehende Forderung unbegründet sein sollte. Sie wollte es auf eine Klage ankommen lassen. Statt der erwarteten Klage des Dr. F. erhielt aber die Kasse eine Klage der Frau A., die merkwürdigerweise von einem Rechtsanwalt vertreten wurde, der im Hause des Dr. F. wohnt. Der Klageantrag ging dahin, die Kasse zu verurteilen, Frau A. von ihrer Restschuld — also den beanstandeten 21 M. — gegen Dr. F. zu befreien. Man muß dem Rechtsanwalt nachsagen, er vertritt seine Sache mit einer Entschiedenheit, die einer besseren wert wäre. Vor allen Dingen wies er haarsträubend nach, daß die Forderung des Dr. F. in allen Punkten berechtigt ist und ersuchte, diesen als Zeugen und Gutachter darüber zu hören.

Da der Kasse nun aber wieder nicht einleuchten wollte, daß ihr Mitglied so interessiert an der Forderung des Dr. F. einerseits und an der Schröpfung der Kasse andererseits sein sollte, ersuchte sie um behördliche Vernehmung der Frau A. darüber, insoweit sie die Klage und den Inhalt der Schriftsätze des Rechtsanwalts Dr. B. deut. Diese Vernehmung hat auch stattgefunden und folgendes hübsche Gesprächchen ergeben:

Der Frau A. war es bis dahin vollständig unbekannt, daß sie die Kasse verklagt hat, sie hatte davon gar keine Ahnung gehabt. Ihr war auch fremd, den Rechtsanwalt Dr. B. Vollmacht zu einer Klage gegen die Kasse gegeben zu haben; sie kennt weder den Anwalt, noch hat sie diesem oder einem Stellvertreter Klagevollmacht erteilt. Im übrigen hatte sie auch keinen Anlaß zu einer Klage, weil ihr Dr. F. bisher noch keine Honorarforderung zugesellt hatte.

Als der Frau A. nun aber die von ihr unterschriebene Prozeßvollmacht vorgehalten wurde, kam sie aus dem Staunen gar nicht heraus. Sie hatte wohl dem Dr. F. ihren Namen aufgeschrieben, aber nicht zu einer Vollmacht. Und das trug sich nach Schilderung der Frau A. so zu:

Als sie im Operationsstuhle lag und ängstlich an den Ausgang der Operation dachte, legte ihr Dr. F. ein Stück Papier vor und sagte dabei etwa: „Schreiben Sie mir doch Ihren Namen auf, damit die Krankenkasse wenigstens sieht, daß Sie hier in Behandlung gewesen sind; die Unterschrift Ihres Mannes kann ich nicht gebrauchen.“ Daß dieses von ihr mit ihrem Namen besetzte Papier die Prozeßvollmacht gewesen, kann sich Frau A. nicht denken, es war bedeutend kleiner, unbedruckt und sah aus, als wäre es von einem Notizblock abgerissen. Dazu kommt noch, daß die Vollmacht am 6. Juni 1912 ausgestellt ist, während Frau A. nur ein einziges Mal mit Dr. F. zu tun hatte, das war aber schon am 14. März d. J.

Die nähere Untersuchung der Vollmacht ergab nun, daß ihr der übliche Kopsaufdruck mit Namen und Wohnung fehlt. Dieser ist abgerissen und erst nachträglich durch Handschrift hergestellt. Dann ist die Vollmacht so gekniff, daß nach Zusammenlegung ein zweiter

Streifen verbleibt, auf dem der Name der Frau A. steht. Ihre Annahme, nur ein weißes Blatt Papier beschreiben zu haben, wird dadurch erklärt.

Eine nette Geschichte. Da führt (wenn die Sache nicht zufällig an das Tageslicht gekommen wäre) eine Frau Prozeße, gewinnt, verliert, ihr Name klingt im Gerichtssaal, zielt ganze Aktenbündel — und sie weiß von nichts. Ist nur Firmenträger eines Arztes, der dadurch in eigener Sache als Zeuge und Gutachter fungieren kann. Die Angelegenheit, die keineswegs dazu angetan ist, die wahrhaftig auch von Dr. F. geforderte freie Arztwahl zu fördern, wird natürlich dem ärztlichen Ehrengericht unterbreitet werden.

Eine salomonische Entscheidung.

Der § 850 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß das Versicherungsamt auf Kosten der Krankenkasse widerrechtlich Versicherten mit der Wahrnehmung der Geschäfte betrauen kann, wenn Arbeiter und Unternehmer sich über die Anstellung der Beamten nicht einigen können. Der Reichskanzler hat nun einen Erlaß an die Regierungen der Einzelstaaten hinausgegeben, der ausführt, daß es im Interesse einer friedlichen Durchführung der Krankenversicherung sehr wünschenswert erscheine, wenn die Versicherungsämter in der Regel nicht auf einen Kandidaten der Arbeitgeber- oder der Versicherungsgruppe zurückgreifen, sondern eine an dem Streite ganz unbeteiligte Person bestellen. — Daß diese unbeteiligte Person ein Militärärzter — etwa ein ausgebildeter Feldwebel — sein soll, wird zwar nicht gesagt, es entspricht aber den Intentionen der Behörden. Von der salomonischen Entscheidung des Reichskanzlers werden die Arbeiter ganz bestimmt nichts profitieren.

Aus Industrie und Handel.

Wirkung der Tabaksteuer.

Der Rückgang, den seit 1900, d. i. seit der Einführung des Wertzolles auf ausländischen Rohtabak, die Einnahmen aus der Tabaksteuer (also aus der Steuer für deutschen Rohtabak) aufweisen, setzt sich im laufenden Jahre fort; in den Monaten April bis Juli d. J. wurden nur 3,007 Millionen Mark vereinnahmt gegen 3,408 Millionen Mark gleichzeitig im Jahre 1911. Seit 1909 wird deutscher Rohtabak in der Tabak- und Zigarrenindustrie von Jahr zu Jahr in immer geringerem Umfange verwendet und dementsprechend vermindert sich schließlich auch der einheimische Tabakbau. An Stelle des deutschen Rohtabaks scheint in der Zigarrenfabrikation mehr und mehr billiger ausländischer Rohtabak (Domingo usw.) zu treten, der durch den Wertzoll nur wenig belastet wird. Wenn durch den im Jahre 1909 eingeführten 40prozentigen Wertzoll auf ausländischen Rohtabak dem inländischen Tabakbau ein höherer Schutz gewährt werden sollte, so ist inzwischen, wie die „Süddeutsche Tabakzeitung“ feststellt, genau das Gegenteil von dem erreicht worden, was die Väter des Wertzolls bezweckt haben. Der einheimische Rohtabak hat heute unter einer viel schärferen Konkurrenz des ausländischen Gewächses zu leiden als vor 1900 und die Folge hiervon wird wahrscheinlich ein anhaltender Rückgang des Tabakbaues in Deutschland sein.

Aus aller Welt.

Der Funktionär.

Wir lesen in unserem Stettiner Parteiblatt: Es kommt gar nicht selten vor, daß bei Vornahme von Neuwahlen für die Ämter der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verschiedene der bisherigen Funktionäre resignieren erklären, daß sie auf eine Wiederwahl verzichten, mit der Begründung, einmal eine Weile einem andern des Amtes Würde und Würde zu überlassen. Aus diesen Worten spricht beredt gar mancherlei, am stärksten aber die Tatsache, daß dem Partei- oder Gewerkschaftsmitglied, der nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht und Schuldigkeit getan, sein Amt als Funktionär verleiht worden ist. Und wieder vereinigt sich nicht dem Vertrauensmann oder Funktionär seine Tätigkeit zu verleben. Vorgesetzte drohen mit Mahregungen, Entlassungen und dergleichen. Allerlei kleine Nebelschleier von oben, gegen die man sich kaum wehren kann, Bespödelungen, persönliche Kränkungen und Schädigungen müssen herhalten, um dem Vertrauensmann die Luft an seiner Arbeit zu vertreiben.

Notgebeizt von Raucheswolken  
Soll des Himmels Aug' sich trüben,  
Weil sie durstet solchen Frevel  
Ihm ins Angesicht verüben.

Interessant wäre es, zu erfahren, wer diese schändliche Verstimmlung an Renaus Dichtung verübt hat, da sich die beiden Herausgeber schwerlich an ihr verständigt haben. Vielleicht überschritt das Manuskript die ihm vom Verlag zugebilligte Wogenzahl. Ergo wurde von irgend jemand das, was „zuviel“ war, einfach herausgestrichen — so, als ob es sich um ein Produkt obliterer Reportage gehandelt hätte. . . . Dann aber ist's eine doppelte Reichenfandung.

Die Ausnahme der Reisegeschwindigkeit von den Zeiten der Postläufe bis zu unseren Tagen des elektrischen Zuges wird durch eine französische Statistik in ein helles Licht gerückt. Sie geht zurück bis auf das Jahr 1599, da man im Wagen ungefähr 3,6 Kilometer in der Stunde zurücklegte. Ein Jahrhundert später, 1692, bewältigte man schon 4,6 Kilometer der Stunde; dann kamen die Gilpostwagen im Jahre 1786, die eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 5,5 Kilometer in der Stunde erreichten. 1816 machten die Postwagen 6,8 Kilometer, 1834 kamen sie bis auf 9,7 Kilometer. Rummelreihen die Eisenbahnen die Postwagen ab, und auch ihre Geschwindigkeit ist immer mehr gestiegen: 1867 legten sie 59 Kilometer in der Stunde zurück, 1887 waren sie auf 68 Kilometer gekommen und seit 1900 erreichen die Allgäher eine durchschnittliche Geschwindigkeit von über 80 Kilometer. Mit den elektrischen Zügen hat man bei Versuchsfahrten sogar 200 Kilometer in der Stunde erzielt.

Fleischpreise in Ost-Berlin. Nicht heute, sondern vor 60 Jahren zahlte man für das Pfund Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch 25 bis 40 Pf. Vor 150 Jahren war es natürlich noch viel wohlfeiler; denn damals kostete das Pfund bestes Rindfleisch 1 Groschen 6 Pf., Schweinefleisch 1 Groschen 6 Pf., Hammelfleisch 1 Groschen 4 Pf., Kalbfleisch 1 Groschen 2 Pf., laut der Marktliste, die vom preussischen Polizeidirektorium Brandenburg genehmigt war.

Notizen.

Die Verwaltung der Berliner Schiller-Theater hat mit Rücksicht auf die eingetretene und noch sich steigende Lebensmittelerhöhung dem technischen Personal eine fünfprozentige Lohnerhöhung genehmigt.

Das neue Schauspielhaus am Rollendörpfplatz wurde an den Münchener Dreimaschenverlag verpachtet. Künstlerischer Leiter ist Gustav Charis. Ende September soll die neue Spielzeit beginnen. Damit dürfte wohl auch die Frage, ob die bisherige Direktion Palm das Geste in Händen behält oder nicht, endgültig erledigt sein.

Rechten, die Gradhalme, zusammengeschnitten zu einem musikalischen Email von reinster Mangelnheit. R. Br.

Der kaffrierte Lenu. Feiste frömmelnde Pfäfflein und dünne „aufgeklärte“ Oberlehrer pflügen eifrig im Garten der Kunst herum zuzuschneifen, und leicht erwidern da ihre lüchlichen Rassen etwas „Anstößiges“. Dies darf man solchen Menschen nicht allzulehr verzeihen — es liegt eben in ihrer Natur. Einer hat sie wohl schon vor Jahrtausenden vorausgesehen, als er betete: „Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“. Anders aber liegt die Sache, wenn jemand unter dem Vorgeben, die Schätze des Geistes für billig Geld dem Volke zugänglich machen zu wollen, herrliche Gaben unserer Dichter in verfälschter und veräppelter Form darbietet.

Die verheißungsvoll begonnene, aber daV abgebrochene Sammlung „Bücher des deutschen Hauses“ (Vogelzug, Fürs deutsche Haus, Berlin) enthält u. a. eine Walladenammlung von Leo Berg, nach dessen Tode herausgegeben von Johannes Gauke (1908). Darin findet man den prächtigen Abschnitt „Jules Schwarz“, aus dem Romanzyklus „Johannes Biska“ von Nikolau Lenu. Der Dichter läßt den Helden seine Geburt in folgenden Versen schildern:

Hier an dieser festen Eiche  
Gat in einer Winternacht,  
Ueberrascht von scharfen Wehen,  
Mutter mich zur Welt gebracht,  
Nur der Wald vernahm ihr Kreischen,  
Windbraut war die Hebamme,  
Und sie goß dem Kinde segnend  
Uebers Haupt die Wlgesflamme.

Für Geschoße mich zu stärken  
Und ein hartes Heldenlos,  
Schlug der Hagel meiner Mutter  
In den schmerzgeprengten Schoß.  
Donner war mein erstes Hören,  
Sturm mein erster Atemzug;  
Als ein rauher Wetterjüngling  
Rehm ich meinen Heldenflug.

Diese prächtigen Strophen werden zu der einen zusammengehungt:

Hier an dieser festen Eiche  
Ward in einer Winternacht,  
Eingefegnet von des Wlges  
Flammen ich zur Welt gebracht,  
Donner war mein erstes Hören usw.

Außerdem ist die folgende Strophe ganz weggelassen:

Kleines feuilleton.

Impressionismus. Der Salon von Paul Cassirer war stets die Hochburg der Impressionisten; er wird es auch künftig sein. Und mehr noch als früher. Die Entwicklung, die einer neuen Art, einer neuen Jugend, emporhilt, verlangt, daß der Impressionismus, den die Akademiker, die preukisch gezeiten, noch nimmer für eine Revolution achten, sich bereits ein wenig gegen die Vielstillosigkeit derer, die jetzt kommen, oder wenigstens kommen möchten, verschanze. Freilich nicht so, wie Anton von Werner sich einbildet in eine Wölle anmaßender Ausfallsigkeit. Vielmehr: die Impressionisten tun nichts anderes und brauchen auch nichts anderes zu tun, als schlicht und redlich vor die Leute zu treten. Sie stellen sich zu Rechten, sie von Monet bis Liebermann, sie um Monet, Pissarro und Sibley und sprechen: sehet her, wir können noch immer ganz gut bestehen. Was sein, daß ein Neues kommt. Es soll uns freuen. Was dahin aber bleiben wir die beste Malerei des neunzehnten und vorläufig auch des zwanzigsten Jahrhunderts. Damit solche Parade noch bequemer als bisher gesehen kann, hat Cassirer seinen Salon bedeutend vergrößert; er hat den alten Oberkassal ausgebaut und eine ganze Etage neu hinzugenommen. Diese oberen Räume sind bereits fertiggestellt; sie wurden völlig neutral hergerichtet. Die Zimmer behielten ihre Abmessungen; die Wände bekamen eine Spannung mit grauem Kachelstein. Unbedingte Sachlichkeit und Weiden alles kunstgewerblichen Wohlgefallens bestimmten dies Maß der Ausstattung. Das Bild, die Plastik, die reine Kunst sollen hier herrschen. Hier wird nicht der sogenannte gute Geschmack, sondern allein die Qualität den Ausschlag geben. Für die Strenge solcher Absichten gibt gleich die erste Ausstellung das beste Zeugnis. Wir sehen prächtvolle Bilder von Liebermann, entzückende Pissarro, sehr delikate Sibleys, einen erlebten Reistifow, einen musizierenden Renoir, einen durchglüherten Krübler, die herrliche Jungfrau des Waldemar Köppler und einen erfreulich verwandten, zu schlanker Geisterheit gekommenen Kardorff. Ein schon gewählter Reichtum. Der eine Liebermann, ein Strahlenbild aus dem Jahre achtzig, würde genügen, um den Kunstfreund in Entzücken zu setzen. Es ist ein Bild, das selbst den Kunstfremden bezaubern muß. Ein Aneddotenbild, eine Genesene. In einer holländischen Dorfsstraße stehen Frauen umher, klatschen und zanken sich; Ander spielen vor den Türen, und Schweine liegen in der Sonne. Ein Bild, das dem schlichtesten Gemüth so eine rechte stille Freude sein kann. Zugleich aber: Welch eine Malerei. Mit unendlicher Liebe ist das geringste Detail erfährt worden. Niemals hat Knaus etwas Rehnliches gemacht. Bei ihm bleibt, gegen solch einen Liebermann gehalten, das Einzelne einzeln und die Schilderung aneddotisch. Bei Liebermann wurden die geringsten Moleküle, die unscheinbarsten Hautfalten, die einzelnen Haar-



Das ginge schließlich noch hin. Die fleischliche Noth des Unternehmers mag von einzelnen oft schmerzhaft genug empfunden werden, sie ist es aber nicht allein, die dem Vertrauensmann die Arbeit im Dienste der Organisation erschwert. Welche Mühe, wieviel Geduld und Ueberredung, wieviel von der jedem Funktionär so knapp zugemessenen Zeit erfordert die Anwerbung neuer Mitglieder, das Kassieren der Beiträge, die Agitation für unsere Versammlungen und Veranstaltungen, die Entgegennahme, Weiterleitung, sachgemäße Erledigung all der vielen Wünsche, Fragen und Beschwerden der Mitglieder, die Aktionen in der Werkstatt, für deren günstigen Ausgang der Vertrauensmann sich mitverantwortlich fühlt! Welch aufreibende Arbeit leistet nicht oft der Vertrauensmann, dem mehrere Aemter übertragen wurden? Unseren Begnern ist diese Hingabe für die Sache der Arbeiterschaft schon immer ein Räthsel gewesen. „Du schadest Deinem Fortkommen und Deiner Familie, ruinierst Deine Gesundheit, Du setzt Dich unnütz Gefahren aus, Du wirst keinen Dank, keinen Erfolg davon haben“, so wird der Vertrauensmann von den verschiedensten Seiten, oft auch in der eigenen Familie, bearbeitet. Oder ist es nicht so?

Aber der richtige Vertrauensmann fragt nicht danach, was ihm seine Tätigkeit nützt, wie es ihm ergehen wird. Er steht auf einer höheren Ebene. Er fragt nur, was seine Tätigkeit dem Berufsgenossen, der Allgemeinheit nützt oder schadet. Man kann das verschieden nennen: Selbstlosigkeit, Hingabe, Eifer oder Nächstenliebe. Immer wird das die Erklärung dafür sein, daß der Vertrauensmann stets ein guter und pflichtbewußter Mensch ist.

Je härter unsere Partei- und Gewerkschaftsbewegung wird, desto mehr wird die Tätigkeit der Funktionäre der zusammenhaltende Kitt. Wo die Freude und Hingabe durch kleine Ränke und Schiffsigkeiten getrübt wird, vermindert sich der Fleiß und die Liebe zur Arbeit. Es entsteht Verdruß, und das Amt wird abgegeben.

Die Angestellten haben unter ähnlichen Unzuträglichkeiten zu leiden. Es gibt Leute, denen es gewissermaßen ein Sport ist, gegen die „Beamten“ zu behen. Das sind die ewigen Rörgler, die vor lauter Kritizieren nicht zu praktischer Tätigkeit kommen. Sind durch Versehen, Mißverständnisse usw. Differenzen entstanden, so schreien sie in der nächsten Versammlung über die „bösen Beamten“. Statt sich mit diesen in Verbindung zu setzen, um in kollegialer Weise eine Verständigung anzustreben, bedienen sie sich kleinlicher Schifftanen, die den Angestellten die notwendige Lust und Liebe zur Arbeit zu nehmen geeignet sind.

In unseren Organisationen muß gegenseitiges Vertrauen herrschen. Wer dieses leichtfertig untergräbt, der handelt gegen die Interessen unserer Bewegung. Daher darf auch die notwendige und verantwortungsvolle Tätigkeit unserer Angestellten nicht unnötig erschwert werden. Es handelt sich dabei natürlich nicht um die Ausschaltung jeder Kritik, sondern nur derjenigen, die nicht getragen ist von parteiübergreifendem Geiste und von der Absicht der Verständigung.

### Der „Aufkriegswagen“ übertrumpft?

Ein Depeschenbureau meldet aus Brüssel: Eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Aviatik. Ein belgischer Ingenieur, Mitglied des Luftschiffersyndikats, hat nach längeren Versuchen einen neuen Schwereapparat erfunden, der es gestattet, sich direkt vom Boden in die Höhe zu heben und sich schwebend in beliebiger Höhe ohne Gefahr zu halten. Der Apparat kann sich nach allen Richtungen hin fortbewegen. Dieser neuerfundene Mechanismus ist mit Leichtigkeit an jedem Flugapparat anzubringen.

Konnten wir schon für die Wichtigkeit der funktionellen Meldung der „Täglichen Rundschau“ über den von einem alten preußischen Offizier konstruierten „Luftkriegswagen“ feinerlei Gewähr übernehmen, so müssen wir erst recht hinter diese nicht allzu wahrscheinliche Meldung ein Fragezeichen setzen.

### Diebische Wallfahrer.

„Kinder, betet, die Schweden kommen!“ hieß es einmal in deutschen Landen. Diese Zeiten sind heute vorbei. Aber es gibt immer noch Jäger, bei deren Ausläufen den Bauer gemischte Gefühle beschleichen. Der Bauer ist ein mißtrauischer Bursche, der sich durch heilige Gefänge und fromme Anhalten nicht blenden läßt. Er kennt seine Leute. „Schüttle die Säme, die Wallfahrer kommen!“ sagt denn auch der Bauer der Rheinprovinz dem Nachbar, der etwa noch in dem Wohne leben sollte. Leute, die wallfahrten, nähmen einen übermäßigen Respekt vor dem Eigentumsprinzip mit nach dem Wallfahrtsorte oder brächten gar ein solches mit nach Hause.

Alljährlich wird um diese Zeit in katholischen Gegenden über die Obstdiebstähle der Wallfahrer geklagt. In diesem Jahre scheint es besonders schlimm zu sein, denn ein katholisches Blatt, der „Trierische Volksfreund“, das allerdings in bäuerlichen Kreisen viel gelesen wird, zieht in seiner Montagsnummer öffentlich gegen die frommen Wallfahrer vom Leder. Wir erfahren aus der Notiz allerhand erbauliche Dinge. Doch lassen wir den „Volksfreund“ selber reden. Er sagt:

„Jetzt beginnt die Hauptwallfahrtszeit nach Clusen (ein Wallfahrtsort im Pfälzischen) und somit eine schlimme Zeit für das Obst an der Straße. Ein einzelner Apfel wird nicht vernichtet, aber manche Wallfahrer sind unverschämte. Auf dem Heimwege werden Körbe, Taschen, Schirme, aufgeschürzte Röcke und dergleichen voll gemacht. Mit dem Fallobst sind viele nicht zufrieden. Einer läuft voraus und stößt die Säme an, die andern raffen. So geht's in jedem Herbst, trotzdem schon viele solcher Obstdiebe unliebsame Bekanntheit mit der Polizei machten und das gestohlene Obst schwer bezahlen mußten. Von Leuten, die nach Clusen wallfahren, sollte man erwarten dürfen, daß sie nicht unterwegs stehlen, sonst bringen sie dem lieben Gott ein größeres Opfer, wenn sie zu Hause bleiben.“

„Ei, ei! Daß die frommen Wallfahrer ein gottgefälligeres Werk tun, wenn sie zu Hause bleiben, das hätte ihnen mal ein anderer sagen sollen! Da hätte es geschnappt gehabt!“

### Die New Yorker „Obrigkeit“.

Der Vergewaltigungskampf der New Yorker Polizeigewaltigen um ihre Existenz führt zu immer amüsanteren Situationen. Die Untersuchung wegen der den Polizeioffizieren gewährten Schmiergelder hat den Verdacht auskommen lassen, daß auch der jetzige New Yorker Polizeichef Waldow an der unglücklichen Korruption finanziell beteiligt ist. Größere Wahrscheinlichkeit gewinnt diese Vermutung durch die Tatsache, daß Waldow wiederholt verurteilt hat, die richterliche Untersuchung und Aufhellung der Waldow'schen Rosenthal und ihrer Begleiterscheinungen zu durchkreuzen. Wie eine Telegramm meldet, bemüht sich der Bürgermeister Gayner, den Chef der New Yorker Geheimpolizei Flynn für den Posten des Polizeipräsidenten zu gewinnen. Polizeipräsident Waldow beröffentlicht nun als Antwort auf das

Vorgehen gegen ihn eine Liste aller Westher von Spielhöllen und Freudenhäusern, die er kennt. Die Veröffentlichung dieser Liste hat eine große Sensation in der New Yorker Gesellschaft hervorgerufen, denn sie enthält die Namen sehr angesehener New Yorker Bürger, u. a. sogar solche von Millionären, Richtern, Offizieren und Börseleuten, die als Besitzer von Spielhöllen und Freudenhäusern bezeichnet werden.

### Eine Judenhehe.

Laut Müttermeldungen hat in Petrikau ein Pogrom gegen die Juden stattgefunden, weil ein Dienstmädchen die Lüge verbreitet hatte, daß ihre Dienstherrin, die Frau des Kaufmanns Gerber, einen Ritualmordversuch an ihr unternommen habe. Das Lokal Gerbers wurde von der wütenden Volksmenge vollständig zerstört. Die Familie Gerber konnte von der Polizei nur mit Mühe vor dem Erschlagen gerettet werden. Sodann zog die Volksmenge in das Innere der Stadt und plünderte sämtliche jüdische Geschäftslöale. Die Ruhe konnte nur mit Hilfe von Militär, das von der Waffe Gebrauch machen mußte, wiederhergestellt werden. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Juden herrscht große Erregung, da eine Wiederholung der Ereignisse befürchtet wird.

### Kleine Notizen.

**Abzug in den Alpen.** Der Sohn des bekannten Bergführers und Gastwirts Dong ist vom Teufelsgrat abgestürzt. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

**Furchtbares Unglück an der Nähmaschine.** In Dreilähren bei Saarburg wurden zwei kleine Kinder, ein Junge und ein Mädchen, von einer Nähmaschine erfaßt, mit der ihr Vater im Hafer arbeitete. Dem Knaben wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt, dem Mädchen ein Arm und ein Bein abgeschnitten. Infolge des großen Blutverlustes starb das Mädchen aber nach einer Viertelstunde ebenfalls.

**Die Furcht vor dem Pulver.** Wie wir feinerzeit berichteten, hatte bei einer Panik an Bord des französischen Kriegsschiffes „Bordé“ fast die ganze Besatzung das Gasenpanier ergriffen. Jetzt sollen 60 Offiziere und 100 Matrosen wegen der Vorgänge bestraft worden sein.

**Auf der englischen Station Saughall ereignete sich** gestern morgen ein Eisenbahnunfall. Eine Maschine stieß auf das Hinterteil eines Zuges, der von Aldershot gekommen war, auf. Sechs Wagen wurden vollständig zertrümmert. Eine Person soll getötet und 30 bis 40 verletzt worden sein.

### Eingegangene Druckschriften.

9. Jahresbericht 1911 des Sozialen Museum. Herausgegeben vom Vorstand „Soziales Museum“, Frankfurt a. M.  
Brot oder Geld? Studie von W. Hardie. 40 P. Gephart'scher Verlag, Hamburg.  
Protokoll der 11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Stuttgart 1912. 251 S. R. Häbig, Berlin, Andreasstr. 61.  
Die Alkoholgefahr, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, nebst Die alkoholischen Getränke und ihre Besteuerung. Von Emanuel Warm. Broschüre 60 Pf. — Jahresbericht der Landesorganisation und des Sozialdemokratischen Vereines in Hamburg 1911/12. 128 S. — Geschäftsbericht 1911/12 der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen von Hamburg-Altona. 35 S. Verlag G. Dabber in Hamburg.

Unserem lieben Freunde und Genossen, dem Bezirksführer **Karl Eck** und Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit!

Die Genossen des Bezirks 365 I. Die Funktionäre der 33. Abteilung. 30/11

### Todes-Anzeigen

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer** sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

**Todes-Anzeige.** Am Mittwoch, den 28. August, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, Kollege **Karl Hesse**.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Reutlin, Hermannstraße, Ecke Barthstraße aus statt. Nege Beteiligung erwartet 110/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband** Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stadtarbeiter **Franz Hartmann** im Alter von 45 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 31. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Aufseherhofes-Sträßhofes in Weichenhe aus statt. 88/14 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen** Ortsverwaltung Berlin.

Am 23. August verstarb nach kurzen Leiden unsere langjährige Kollegin **Martha Schonheim** an einer Operation. Ehre ihrem Andenken! 78/08 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Emil Lange** am 28. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Rickhofes in Wartendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß am 28. d. Mts. unser Kollege, der Formner **Erich Tetzlaff** gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes in der Seestraße aus statt. Nege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Max Möbis** gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Unser Mitglied, der Kollege **Albert Nielsen** ist in Milwaukee (Amerika) ermordet worden. Der Kollege Nielsen war in Berlin längere Zeit Mitglied der Ortsverwaltung und leitete einen Bezirk im Norden Berlins. Seine Tugenden bewiesen uns, daß das Interesse des Kollegen Nielsen für unsere Organisation auch in der Ferne nicht erloschen war.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. **Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Ortsverwaltung Berlin.

**Dankagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Julius Bibergehl** sage ich allen Freunden und Bekannten, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem sozialdemokratischen Wahlverein, dem Verein der Wächter Kolonie Heimat sowie den Kollegen der Firma Baum u. Sohn meinen tiefgefühlten Dank. 19/1 Weichenhe, 28. August 1912. Witwe Anna Bibergehl u. Kinder.

**Wittmann, E. 91/95** findet in den **Germania-Prachtsälen** **Große Prämierung**

statt. Außerdem ist auf dem Weg vor dem Lokal für Kinderbelustigungen, wie Karussell, Würfelbude, Goppia Gopp etc. gesorgt. Außerdem ist für Sonnabend, 31. August, und Sonntag, 1. September, vor dem Lokal während des Rundfluges um Berlin eine **Notlandungsstelle** eingerichtet. 436

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Idealrikett der Zukunft** **Michel** 7" Riesenformat, drei Gläser jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Seidenberger Marken voll gleichwertig. **Michel-Vertrieb** Neukölln, Bergstraße 110. Telephon 1310.

**Dollmanns Bandagen** Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothbrunner Str. 60. **Lieferant für Krankenkassen** Eigene Werkstätte.

**Hört! Hört!** **Regenschirme!** Stauwand billig!!! Kein Laden, Fabriklederlager. **A. Mohle, Alexandriastraße 121, 1. Etage rechts.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonntag, den 1. September findet per Urabstimmung die **Wahl der Delegierten zum Parteitag und eines Mitgliedes des Schiedsgerichts für Groß-Berlin**

in folgenden Lokalen statt:

- Eichberg, Raunynstr. 67.
- Hählich, Stalger Straße 22.
- Laaser, Lausiger Straße 25.
- Vinde, Reichenberger Straße 111
- Schulze, Forster Straße 17.
- Gaida, Wiener Straße 49.
- Wig, Stalger Straße 59c.
- Engel, Doppelner Straße 47.
- Grundmann, Pädlerstr. 29.
- Pier, Raunynstr. 9.
- Merkowski, Andreasstr. 26.
- Voelker, Weberstr. 17.
- Deter, Ballfabenstr. 52.
- Klinge, Langestr. 53.
- Huth, Warschauer Straße 61.
- Fellenberg, Caprivistr. 20.
- Nemypin, Tilsiter Straße 85.
- Mothkroff, Rigaer Straße 95.
- Peter, Wirsbachtstr. 33, Ecke Voigtstraße.
- Dröfse, Ebelingstr. 6.
- Weber, Ebertstr. 45.
- Ethyrium, Landsberger Allee 40/41.
- Krause, Böhmstr. 8.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum Mai d. J. seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr vormittags und endet am 12 Uhr mittags. Das Zentral-Wahlbureau befindet sich bei Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28. Der Vorstand.

**Garbáty** Cigaretten

**Königin** von **SABA** Garantiert Handarbeit



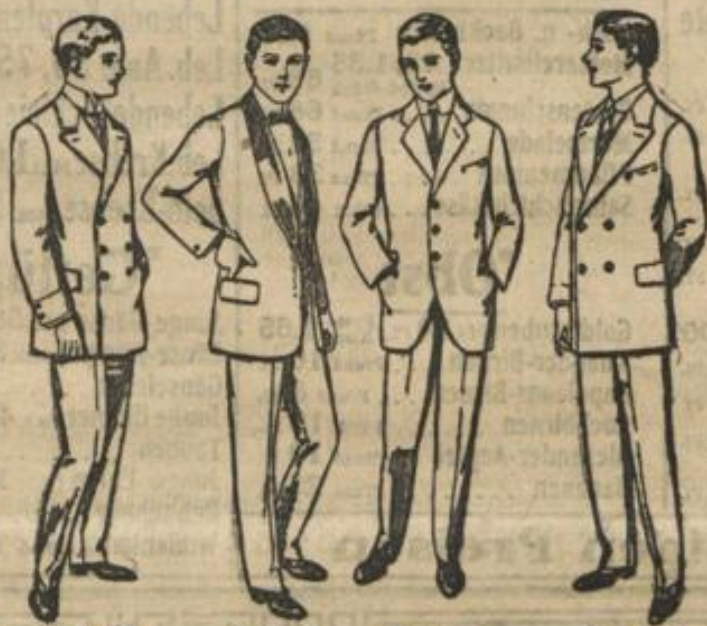
# Die neue Geschmacksrichtung: „Kornfranck“ mit „Aecht Franck“

gibt ein intensiv dunkles Kaffegetränk  
von sehr feinem und kräftigem Geschmack.

653

# Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-5-6



Form 134

Form 135

Form 136

Form 137

## Einsegnungs-Anzüge

in schwarz und blau

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
134	Blauer Cheviot . . . . .	11.-	12.-	13.-	14.-
137	Blauer Cheviot, gute Qualität . . . . .	15.-	16.-	17.-	18.-
134	Schwarz Kammgarn . . . . .	17.-	17.50	18.-	18.50
136	Schwarz Ripkammgarn . . . . .	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Sehr haltbarer blauer Cheviot . . . . .	18.-	19.-	20.-	21.-
136/137	Schwarz Kammgarn Qualität I. . . . .	21.-	22.-	23.-	24.-
137	Blauer Melton . . . . .	21.-	22.-	23.-	24.-
134	Schwarz Kammgarn-Cheviot . . . . .	24.-	25.-	26.-	27.-
134	Blau Kammgarn-Cheviot . . . . .	24.-	25.-	26.-	27.-
136	Schwarzer Melton . . . . .	32.-	33.-	34.-	35.-
134	Blauer Melton-Cheviot . . . . .	32.-	33.-	34.-	35.-
135	Schwarz Tuchkammgarn . . . . .	36.-	37.-	38.-	39.-
134	Blauer Melton-Cheviot Qualität I. . . . .	36.-	37.-	38.-	39.-
135	Prima schwarz Tuchkammgarn mit Croché . . . . .	41.-	42.-	43.-	44.-
136	Schwarzer Melton-Cheviot, sehr elegant . . . . .	41.-	42.-	43.-	44.-
134	Blauer Melton-Cheviot, Ia Qualität . . . . .	41.-	42.-	43.-	44.-
135	Schwarz Drapé . . . . .	46.-	47.-	48.-	49.-
134	Blauer Foulé-Cheviot . . . . .	46.-	47.-	48.-	49.-

## Farbige Jünglings-Anzüge

134	Modern gemusterte Cheviots . . . . .	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Cheviots in modernen Streifenmusterungen . . . . .	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Grau und braun mellierte Cheviots . . . . .	21.-	22.-	23.-	24.-
134/137	Verschiedene Cheviots in hochmoderner Ausmusterung . . . . .	28.-	29.-	30.-	31.-
134/136	Elegant gemusterte Kammgarne und Cheviots . . . . .	32.-	33.-	34.-	35.-
134/136	Kammgarne und Cheviots in prima Qualität und neuesten Musterungen . . . . .	41.-	42.-	43.-	44.-

Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Knaben- u. Jünglings-Kleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

**100 Speise-Zimmer,**  
Herrenzimmer,  
Schlafzimmer,  
ganz feine geblegene Sachen.  
— sehr billig —  
**Speiditionsspeicher**  
Neue Friedrichstr. 5-8  
alte Kasernen, Hof.

**Abendkurse**  
Berlin NW., Rathenower Str. 3  
Technikum, Bauhschule.  
Hgl. Regierungs-Baumstr. a. D.  
Werner, Inhaber.

**Abendkurse**  
Berlin, Neanderstr. 3  
Technikum, Bauhschule.  
Königl. Regierungs-Baumstr. a. D.  
Werner, Inhaber.

**Möbel** kauft man recht Tischlermeister.  
u. am besten beim  
**Größte Auswahl in**  
**allen Holz- und Stilarten.**  
**Gustav Rentel,** Tischlermeister, Landsberger Str. 6, am Land-  
berger Tor

R.H.

**Erstaunlich billige Angebote**

**Herren-Stiefel**  
Rindbox-Schnürstiefel, sehr dauerhaft auch Zug und Schnalle, jetzt nur **5.75**  
Roßchevreaux-Schnürstiefel, Derby, Lackkappe, amerikan. Fassons, jetzt nur **6.25**  
Einsegnungs-Schnürstiefel, Größe 36-40, sehr haltbar . . . . . jetzt nur **4.75**  
Herren-Leder-Hausschuhe, jetzt nur **1.95**

**Damen-Stiefel**  
Schwarze Schnürstiefel, Derby, Lackkappe, amerik. Fassons, jetzt nur **3.95**  
Roßchevreaux-Schnürstiefel m. Lackkappe, sehr elegant . . . . . jetzt nur **5.75**  
Einsegnungsstiefel mit Lackkappe, jetzt nur **4.45**

**Damen-Halbschuhe**  
Schwarze Schnür-Schuhe, Derby, Lackkappe, sehr modern, jetzt nur **3.75**  
Schwarz u. braun Roßchevreaux, Derby, Lackkappe, eleganteste Formen jetzt nur **4.95**  
Damen-Leder-Hausschuhe . . . . . jetzt nur **1.95**

**Kinder-Stiefel**  
Schwarz Rindbox und Roßchevreaux, braun Ziege und Chevreaux.  
18-21 22-24 25-26  
**0.85 1.55 2.95**  
22-30 31-35  
**3.45 3.75**

**Extra billige**  
**Damenstiefel** in wunderbaren Fassons mit Wildledereinsatz . . . . . jetzt nur M. **5.95**  
**Herrenstiefel** amerikanische Fassons mit Wildledereinsatz . . . . . jetzt nur M. **6.95**

**Sewinsohn**  
Größtes Schuhhaus für Gelegenheitskäufe  
Berlin  
Rosenthalerstr. 40/41

Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose  
**Herkules**



tragen.  
= Unerreichte =  
Leistungsfähigkeit.  
**Allein-Verkauf.**

Sehr starkes Leder  
in grauen u. braunen  
Streifen, auch ein-  
farbig. Am Bund  
aus einem Stück ge-  
arbeitet, wodurch  
besondere Haltbar-  
keit bedingt ist.  
Sehr feste Kapp-  
nähte m. stark. Gaze.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.  
Große Flicken umsonst.  
Trotz dieser vielen und  
anderer Vorzüge kostet  
die Herkules-Hose für  
normale Männer-Größe **4 M. 50**

**Berufs- u. Schutzkleidung**  
für alle Zweige der Gewerbe u.  
Industrie, Sanitätswesen usw.

**BAER SOHN**

Spezial-Haus größtes Maßstabes  
Chausseestr. 39-50 — Brückenstr. 27  
Gr. Frankfurterstr. 30  
Schöneberg, Hauptstr. 18.  
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten.

**Arbeiter-Radfahrer-  
Bund Solidarität.**  
Ortsgruppe Berlin.

### Touren

zum Sonntag, d. 1. September:

1. und 2. Abt.: Um 81. abends  
8 Uhr: Beilig-Beilig (Burg Eichen-  
hart und Madentein). Start: Schön-  
leinstraße 6.

1. Abt.: Um 1. früh 4 Uhr: Beilig,  
mittags 1 Uhr: Pichelswerder. Start:  
Bühnenstraße 58.

2. Abt.: 1 Uhr: Pichelswerder  
(Bremh). Start: Schönleinstr. 6.

3. Abt.: 6 Uhr: Potsdam. 12<sup>1/2</sup> Uhr  
Bannsee. Start: Rauscher Weg 11.

4. Abt.: 6<sup>1/2</sup> Uhr: Beilig (Tein  
Lokal frei). 1 Uhr: Pichelsdorf (Wick).  
Start: Mülleriner Platz.

5. Abt.: 7 und 1 Uhr: Pichels-  
werder. Start: Elysum.

6. Abt.: 8 Uhr: Neue Wähle  
(Schleuse). 1 Uhr: Wäldershof (Wöl-  
lein). Start: Oberbergerstraße 28.

7. Abt.: 6 Uhr: Tempel (Touren-  
klub). 12 Uhr: Gehman (Richters-  
born). Start: Schulstraße 23.

8. Abt.: früh 1 Uhr: Grenzau  
(Gewerkschaftshaus). Start: Leopold-  
straße 21. 12 Uhr: Wandlitz (See-  
trag). Start: Krimmingsplatz.

### Reinickendorf.

Schmidplatz nach Heiligensee (Sieker).  
Start: 1 Uhr bei Mülling. 12/12

### Richtung!

Quelle abend 8<sup>1/2</sup> Uhr:

**Allgemeine**

**Mitgliederversammlung**

bei Docter, Weberstr. 17.

Tagesordnung:  
Berichterstattung vom Vortag.  
Vollständiges Erscheinens erachtet  
Der Zentralvorstand.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

### Größte Gänse-Ausschlachterei

im Süden. 105\*

Täglich frische Gänse v. 30. 80 Pf.  
Gänselein 95 Pf., Stückenlein 70 Pf.,  
Gänselein 70 Pf., Hefen 120 Pf.,  
Gänselein 90 Pf., Kämpfe a. 3 Pf. an.

Frau W. Schöning, Annonstr. 22.

### Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie ein-  
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen  
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.

Kein Abzahlungsgeheimnis.

88612





# A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30  
132-37  
König-Str. Bahnhof  
Rosenthaler Strasse  
Oranien-Strasse

Soweit Vorrat!

\*Zusendung ausgeschlossen!

Versand-Abteilung:  
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137  
Die Firma A. WERTHEIM  
hat zu ähnlich lautenden  
Firmen keinerlei Beziehung

## Billige Lebensmittel

### Kakao u. Schokolade

Deutscher Kakao 65, 85 Pf. 1.00  
Holländ. Kakao Pfund 1.50, 2.00  
Haush.-Schokolade 70, 80, 95 Pf.  
Block-Schokolade . . . Pfund 80 Pf.

### Fleischwaren

Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.40  
Bauernmettwurst . . . Pfd. 1.15  
\*Teewurst . . . . . Pfd. 1.25  
\*Jagdwurst . . . . . Pfd. 1.05  
\*Rotwurst . . . . . Pfd. 55, 75 Pf.  
\*Feine Leberwurst . . . Pfd. 1.15  
\*Landleberwurst . . . Pfd. 1.00  
Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25  
Landschinken im Ganzen Pfd. 1.35  
Mausschinken ca. 3/4-3 Pfd. schwer . . . Pfd. 1.45  
Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.35

### Ständiger Verkauf:

#### Gebrannter Kaffee

I	II	III	IV	V	VI	VII
1.40	1.50	1.60	1.70	1.80	2.00	2.20

bestehend aus  
Spezialmischung ca. 50 Prozent  
gemahlene Bohnenkaffee u.  
ca. 50 Proz. Kaffeezusatz Pfd. 95 Pf.

#### Souchong-Melange

I	II	III	IV	V
2.00	2.40	3.00	3.60	4.40

Kongo-Melange . . . 2.80, 4.40  
Ceylon-Tee . . . . . Pfund 3.60  
Pecco-Melange . . . . . Pfund 5.00

„Trumpf“ feine Speise-Schokolade Pfd. 1.50

### Holländ. Speisen-Fabrikate

Mandelch.-Pudding-Pulver Paket 26 Pf.  
Kerst-Pudding-Pulver Paket 26 Pf.  
Eier-Pudding-Pulver mit verschiedenem Geschmack . Paket 22 Pf.  
Eis-Pudding-Pulver mit verschiedenem Geschmack . Paket 24 Pf.  
Favorit-Pudding-Pulver Pak 35 Pf.  
Macedoine-Speise mit einge-machten Früchten . . . Paket 1.00  
Non Pareil Kakao-Pudding mit Vanille-Sauce Dose 50 Pf.  
Delicata Makkaroni-Speise Dose 50 Pf.  
Vanille-Saucenpulver kleine Beutel 14 Pf.  
Saucen-Tabletten mit versch. Geschmack 3 Beutel 28 Pf.

### \*Räucherwaren

Nordsee-Schollen . . . . Pfd. 50 Pf.  
Ahlbecker Flundern Pfd. 40, 60 Pf.  
Sprottbücklinge . . . . Pfd. 50 Pf.  
Aale Pfd. 1.10, 1.60, Bd. 38 Pf.  
Dorsch . . . . . Stück 15 Pf.  
Schleibücklinge . . . . Stück 20 Pf.  
Bücklinge . . . . . Stück 5 Pf.  
Delikatess-Tafelgurken 1/2 Ltr. 1.35  
Matjesheringe . . 10, 15, 20 Pf.  
Sardellen . . . . . Pfd. 75, 90 Pf.  
Sauerkohl . . . . . Pfd. 6 Pf.

### Butter u. Käse

Koch- u. Backbutter Pfund 1.15  
Molkereibutter 1.25, 1.35  
Bratenschmalz . . . . Pfund 68 Pf.  
Marmelade . . . . . Pfund 33 Pf.  
Pflaumenmus . . . . . Pfund 33 Pf.  
Sahneschichtkäse . . . . Stück 43 Pf.

### \*Obst

Goldtrauben Pfd 20 Pf. Post-Kiste 1.65  
Salander-Birnen . . . Pfund 10 Pf.  
Napoleons-Birnen . . . Pfund 8 Pf.  
Kochbirnen . . . . . 3 Pfd. 10 Pf.  
Alexander-Aepfel . . Pfund 10 Pf.  
Bananen . . . . . Pfund 23 Pf.

### Wein incl. Flasch

Borsdorfer Apfelwein 1/2 Fl. 32 Pf  
1910 Westhofener . . 1/2 Fl. 65 Pf  
1911 Obermoseler . . 1/2 Fl. 70 Pf  
1911 Wormeldinger 1/2 Fl. 82 Pf

### \*Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganz. Fisch. Pfd. 15 Pf.  
Schellfische 2-4 Pfund schwer, Pfd. 20 Pf.  
Goldbarse 15, Zander 55 Pf.  
Lachs in ganz. Fisch. Pfd. 45 Pf.  
Frische Plötzen Pfund 25 Pf.  
Lebende Karpfen Pfund 88 Pf.  
Leb. Aale 55, 75, 95 Pf. 1.10  
Lebende Schleie Pfund 1.15  
Leb. Krebse Mal. 1.00 bis 5.50  
Solo-Krebse Stck. 55 bis 75 Pf.

### \*Geflügel

Junge Gänse Pfd. 58, 75, 85 Pf.  
Gänse-Rümpfe Stck. 3.50 bis 4.50  
Gänseleber . . . . . Stück 45 Pf.  
Junge Hühner Stck. 45 Pf. bis 1.85  
Tauben . . . . . 35 bis 75 Pf.  
Junge Enten r. . . 1.45 bis 2.75  
Rebhühner . . . . . Stück 73 Pf.  
Wildenten . . . . . Stück 1.25 bis 1.75

### \*Fleisch

Roastbeef Pfd. 1.10, ohne Knoch. 1.40  
Schmorfleisch . . . Pfd. 95 Pf.  
Rinderkamm and Brust . . . Pfd. 85 Pf.  
Pökeltzunge . . . Pfund 1.25  
Dicke Rippe . . . Pfund 85 Pf.  
Schweinefilet . . Pfund 1.25  
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfund 90 Pf.  
Schweine-Koteletts Pfd. 95 Pf.  
Schweinekamm . Pfund 90 Pf.  
Kalbskeule und Nierenbraten i. Ganzen Pfd. 95 Pf.  
Kalbsbrust 90 Pf. Spitze 1.00  
Kass. Rippespeer 85 Pf. bis 1.00  
Rehkeulen 5.50 bis 8.50  
Rehrücken 7.00 bis 10.00  
Hirsch und Wildschwein Keulen Rücken Blatt Ragout Pfd. 1.10 1.00 75 Pf. 30 Pf.

### Fisch-Konserven

Bismarck-Heringe . . Dose 42 Pf.  
Bratheringe . . . . . Dose 42 Pf.  
Filet-Heringe in Remouladen-Sauce . Dose 78 Pf.  
Delikatess-Heringe in versch. Saucen . Dose 50, 78 Pf.  
Sardellen 1/2 Glas 1.25, 1/4 Glas 65 Pf.  
Holl. Sardellen 1/2 Glas 1.70, 1/4 Glas 90 Pf.

### \*Gemüse

Tomaten . . . . . 2 Pfund 15 Pf.  
Span. Zuckermelonen Pfd. 10 Pf.  
Frischer Spinat . . . 8 Pfund 25 Pf.  
Rosenkohl . . . . . Pfund 30 Pf.  
Sellerieknochen . . . 2 Stück 15 Pf.  
Weiss-, Rot- u. Wirsingkohl 10 Pf.  
Maiskolben . . . . . 6 Stück 20 Pf.

### Feines Tafelobst zu billigen Preisen

## Theater und Vergnügungen

Freitag, 30. August 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Der Waffen-schmid.  
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.  
Prater. O diese Berliner.  
Anfang 8 Uhr.  
Irania. In den Dolomiten.  
Deutsches. Venthesles.  
Festung. Rosenmontag.  
Berliner. Große Kojinen.  
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.  
Kleines. Der Unerschämte. Der Akt seiner Ehre. Vortages Gedächtnis.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. S.  
Schiller O. Der Kompaß.  
Schiller. Charlottenburg. Die Lokalbahn. Die Medaille.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.  
Thalia. Antolledchen.  
Herrnsfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriar-partie.  
Trianon. Die Briefstache. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Nacht der Töne.  
Metropol. Schwindelmeier u. Co. Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Casino. Der Großfürst.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Schloß der Schiller. Der erlauchte Gatte. Ein wenig Russl.  
Rosa. Die goldene Eva.  
Volles Caprice. Parfians-Ensemble.  
Walhalla. Nur nicht drängeln.  
Anfang 8.20 Uhr.  
Luisen. Der verflochtene Hehdorf.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Eisballade: Poenne.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Kompaß.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Haubenlerche.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Zopf und Schwert.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Nachruhm.  
Schiller-Theater Charlotten-burg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Lokalbahn. — Die Medaille.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Gefährtin — Paracelsus.  
Der grüne Kakao.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Pfarrer von Kirchfeld  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Lokalbahn. — Die Medaille.  
Berliner Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Große Kojinen.  
Theater in der Königsgräber Straße  
Abends 8 Uhr:  
Die 5 Frankfurter.  
Residenz-Theater.  
Wiedereröffnung  
Sonnabend, den 31. August, 8 Uhr:  
Der Herr von Nr. 19.  
Schwank in 3 Akten von Leroux und Barré.  
Deutsches Schauspielhaus  
(Romische Oper).  
Sonnabend, 31. Aug. u. folg. Tage:  
Egmont.  
Trianon-Theater.  
Anfang 8 Uhr. „Die Briefstache“.  
„Ein peinlicher Zwischenfall“.  
„Der Dieb“.  
Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
Neu!  
Die Macht der Töne.  
Vorlesung v. Meyfel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 1/2 Uhr.

Zentralverband der Dachdecker und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Filiale Berlin.  
Sonnabend, den 31. August 1912:  
23. Stiftungsfest  
in Kilems Festhalle, Hasenheide 14/15  
unter Mitwirkung des „Berliner Uik-Trios“,  
des Gesangsvereins „Melodia“-Neukölln u. a.  
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.  
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr nachmittags geöffnet.

Tanz-Schule Richard Heinrich.  
Gewerkschaftshaus, Engelster 15.  
Jeden Sonntag von 3-6 Uhr  
Jeden Dienstag von 8-11 Uhr  
Aufnahme neuer Schüler.  
Richard Heinrich  
Wechselstr. 8, vorn III.

Vereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das  
Restaurant Wald-Jdyll  
Schmückwitz l. d. Mark.  
Aussicht von Schultze-Bieren. — Auerkannt gute Küche.  
Inh.: Ernst Noack. Telefon: Zeuthen 31.

Union-Theater  
Sonnabend, den 31. August cr.  
Schüler-Militärvorstellungen.  
Festvorstellungen  
im Rahmen der Gesamt-Programms.  
Theodor Körner  
patriotischer Kolossal-Gemälde  
1500 Darsteller  
darunter das 1. Garde-Dragoon-Regiment in hist. Uniformierung  
Die grösste Berlin-Preise und die Flamm-schilde werden diesen  
Meisterwerk der Inszenierungskunst begeistertes Lob.

Metropol-Theater.  
Schwindelmeier & Comp.  
Wahlmuffel. Komödie in 3 Akten, aus d. Engl. völlig frei bearb. von A. Freund.  
Musik von R. Nelson, u. a. Länge von 2. 1/2 Std. In Szene gef. v. Dir. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Die goldne Eva.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Juhu! Es ist erreicht! Or. Reduz.

Herrnsfeld Theater  
Wie man Männer bessert!  
Die Original-Klabriar-Partie  
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)

Voigt-Theater.  
Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
Deute:  
Der rechte Weg.  
Volksstück mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.  
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.  
Voranzeige! Sonnabend, 7. Sept.:  
Zum Gedenke i. d. technische Personal und die Hauskünstler: Robert und Bertram.

Passage-Theater.  
Wiedereröffnung  
Sonnabend, den 31. August.  
Gastspiel der sieben Spasmacher  
in ihrer Revue  
„Da tut sich was.“

ZOOLOGISCHER GARTEN  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum  
Prinz ATOM  
Das kleinste menschliche Lebewesen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lehend! Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater  
Lotzbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben  
Der Großfürst.  
Vorher ein ausserordentlicher Spezialitäten-Teil, nur Künstler ersten Ranges.  
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11-2 Uhr.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der stille See.

Königstadt-Kasino.  
Ude Holzmarkt u. Alexanderstr.  
Täglich: Varieté u. Theater  
im herrlichen Naturgarten.  
8 Glanznummern  
und „So leben wir“.  
Glanzstücke in 2 Bildern.  
Tägl. Kaffeeküche bis 6 Uhr.



Ein Schädiger der Arbeitersache ist jeder, der in der Zeit der Teuerung den agrarischen Räubern noch freiwillig Schnapstribut entrichtet!

Partei-Angelegenheiten.

Erster Landtagswahlkreis. Für die an der Landtagswahl im ersten Landtagswahlkreis beteiligten Bezirke des ersten und zweiten Reichstagswahlkreises findet am Sonntag, den 1. September, um 10 1/2 Uhr bei Rißle, Dennewitzstr. 13, eine Besprechung statt. Das Erscheinen der Genossen aller beteiligten Bezirke ist notwendig.

Dritter Wahlkreis, dritte Abteilung. Die Mitglieder werden ersucht, sich Sonntag, den 1. September, früh 8 Uhr, in den Zahl- und Abendlokalen zur Flugblattverbreitung einzufinden.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 1. September, haben folgende Orte des Kreises Flugblattverteilung: Adlershof, Alt-Bliesdorf, Bohnsdorf, Britz, Charlottenburg, Köpenick, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Grünau, Johannisthal, Königs-Wusterhausen, Lankwitz, Lichterfelde, Mariendorf, Rittenwalde, Reutensiedlung, Niederlehme, Nieder-Schöneweide, Rowaves, Schönberg, Senzig, Steglitz, Tempelhof, Trebbin, Treptow-Baumsculenberg, Wilmersdorf, Zernsdorf, Zossen.

Der Zentralvorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 1. September, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Sonntag, den 1. September, früh: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Strandberg. Am Sonnabend, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Weiß, Wilhelmstraße: Ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung in Labenburg. 3. Die Bedeutung der Bildungsausgänge. 4. Abrechnung vom Sommerfest. 5. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Müggeltonal. Sonnabendabend und Sonntag früh: Flugblattverteilung. Die Genossen werden ersucht, sich hierzu beim Genossen Moritz Müller, Kaiser-Wilhelm-Straße 53, einzufinden. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Säuglingssterblichkeit

Hat in Berlin sich in diesem Sommer auf mäßigerer Höhe gehalten als im vorjährigen. In dem vorjährigen, ungewöhnlich heißen und trockenen Sommer war unter dem Einfluß dieser Witterungsverhältnisse die Zahl der Säuglingssterbefälle sehr beträchtlich gestiegen. Der diesjährige Sommer, den man zu den kühleren rechnen muß, hat die Säuglingssterblichkeit wieder auf ihr „normales“ Maß gebracht. Die alljährlich in den Sommermonaten wiederkehrende Mehrung der Säuglingssterbefälle hatte im vorigen Jahre erst in der zweiten Hälfte des Juli begonnen, und ziemlich genau um dieselbe Zeit hat sie auch in diesem Jahre eingesetzt. Im Jahre 1911 kam es dann zu einer rapiden Aufwärtsbewegung, die um Mitte August ihren Höhepunkt erreichte. Den sonst so unerfreulichen Witterungsverhältnissen des Sommers 1912 haben wir wenigstens das zu danken, daß diesmal im Juli und August die Mehrung der Säuglingssterbefälle bei weitem nicht so stark gewesen ist. Sehr viel weniger reichlich ist diesmal des Todes würdige Ernte ausgefallen: der Unterschied beträgt beispielsweise für den vierwöchigen Zeitraum von etwa Mitte Juli bis Mitte August rund ein Dutzendtausend Säuglingssterbefälle. Von Kindern des ersten Lebensjahres starben in den vier Wochen dieses Jahres 639, während in demselben Zeitraum des vorigen Jahres 886 gestorben waren. Es ist zu wünschen, daß der Spätsommer und der Herbst uns trockenes und warmes Wetter bringen. Aber hoffen muß man, daß nicht in der Säuglingssterblichkeit der September zum Teil noch nachholt, was im Juli und im August uns erspart geblieben ist.

Das neue städtische Fürsorgeamt für entlassene Geistes Kranke, für das die Stadtverordneten vor länger als Jahresfrist eine erste Rate von 20000 M. bewilligt haben, ist vor mehreren Monaten in Kraft getreten. Was über seine Tätigkeit in die Öffentlichkeit dringt, ist wenig befriedigend, wenn auch von städtischer Seite angegeben wird, daß die bisher gemachten Erfahrungen, obwohl „nicht allzu reichlich“, befriedigende seien. Es ist richtig, daß die neue Art der sozialen Fürsorge einen Versuch darstellt. Denn man aber an die notorische hochgradige Notlage, in der sich außerordentlich viele ehemalige Irrenanstaltsinsassen unmittelbar nach der Entlassung befinden, eine Notlage, die oft jahrelang anhält und durch das Vorurteil gegen Geistes Kranke genährt wird, so will es doch scheinen, als ob die leitenden Persönlichkeiten des Fürsorgeamtes etwas zu vorsichtig und bürokratisch verfahren. Es wird zugegeben, daß bisher nur eine ganz beschränkte Anzahl entlassener Patienten, die von dem Direktor der Irrenanstalt Herzberge ausgewählt wurden, dem Fürsorgeamt überwiesen worden sind. Schon diese Auswahl durch einen oberleitenden Psychiater ist eine recht bedenkliche Sache. Psychiater haben trotz mancher Gelehrsamkeit gerade für die Anforderungen, die das praktische Leben stellt, sehr häufig nicht den besten Blick. Gewiß soll der Psychiater ein Wort mitreden, aber die Auswahl derjenigen Personen, die überhaupt zur Unterstützung als geeignet angesehen werden, sollte nicht ihm allein überlassen bleiben. Besonders starke Klage wird darüber geführt, daß das Fürsorgeamt vorläufig nur für solche Entlassenen eintritt, die aus der Anstalt Herzberge entlassen sind. Wir kennen Fälle, in denen unterstützungsuchende, schwer mitleidende ehemalige Patienten aus anderen städtischen Irrenanstalten abgewiesen worden sind, weil sie nicht in Herzberge waren. Das ist denn doch eine Härte, die dem sozialen Gedanken widerspricht und mit der Bedeutung eines Versuches wohl schließlich nichts zu tun hat. Sie kann nur damit erklärt werden, daß sich eben der Direktor der Anstalt Herzberge die Auswahl der zu unterstützenden vorbehalten hat und diese Auswahl nicht treffen will bei Patienten, die nicht in seiner Anstalt waren. Für die Entlassenen aus Dalldorf und Buch besteht also die alte Misere noch wie vor. Im Gegensatz zur Anstalt Herzberge, die bei

der Entlassung 20 Pf. Fahrgehalt gibt, erhält der aus Dalldorf Entlassene allerdings drei Mark, aber auch ein Taler ist für solchen Menschen, der sehr häufig nicht mal Obdach hat, von Arbeit ganz zu schweigen, ein Tropfen auf den heißen Stein. Früher standen dem Leiter der Dalldorfer Anstalt, Geheimrat Sander, größere Unterstützungsfonds zur Verfügung, und es muß anerkannt werden, daß Geheimrat Sander hiermit ziemlich freigebig war. Während der letzten Jahre ist aber auch in dieser Beziehung eine erhebliche Aenderung eingetreten. Die Verwaltung der Unterstützungsfonds ist auch auf Herzberge übergegangen, und seitdem klagt man lebhaft, daß an dieser Stelle das Unterstützungsgeld in der knauserigsten, unsozialsten Form gehandhabt wird. Gerade Herr Moeli hat in seiner Anstalt alljährlich mit Tausenden von Trübsal zu tun, und es besteht gegen diese Alkoholistenkreise eine gewisse und verständliche Voreingenommenheit, die aber nicht so weit gehen darf, sich den Blick durch Verallgemeinerungen trüben zu lassen. Viel wichtiger als Geldunterstützung ist natürlich der möglichst schnelle Nachweis von Wohnung und Arbeit. Deshalb auch mit dem Wohnungs- und Arbeitsnachweis zunächst nur die aus Herzberge entlassenen Patienten bedacht werden sollen, ist wirklich nicht einzusehen.

Die Gedächtnisfeier für Emma Ihrer, die am Sonntag, den 1. September, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde stattfindet, muß in Ergänzung unserer Mitteilung vom Dienstag bereits um 9 Uhr früh beendet sein. Die Teilnehmer werden deshalb um recht frühzeitiges Erscheinen gebeten.

Bergiftung durch Methylalkohol.

Obgleich die große Giftigkeit des Methylalkohols jetzt doch wohl überall genügend bekannt geworden ist, kommen immer noch tödliche Vergiftungen durch ihn vor. So verstarb kürzlich im Kreiskrankenhause in Reinickendorf ein dort aufgenommenen Schriftfeger, der als starker Trinker und Raucher bekannt war, zwei und eine halbe Stunde nach seiner Aufnahme. Das Ergebnis der Obduktion war, wie Dr. v. Schlichting in der „Med. Klin.“ mitteilt, daß schwere Veränderungen des Magens durch die Wirkungen des Giftes stattgefunden hatten, das im Magen gefunden wurde und das als Methylalkohol identifiziert werden konnte. Es wurde festgestellt, daß der Mann an seinem Todestage in seiner Stammkneipe, nachdem er gering gegessen „schleischen Korn“ getrunken hatte, in dem sich Methylalkohol nachweisen ließ. Im übrigen wich das Ergebnis der Sektion von den Sektionsergebnissen der nach den Weihnachtstagen verstorbenen Asylanten nicht ab. Der Fall zeigt, daß Methylalkohol auch für einen chronischen Alkoholisten ein tödliches Gift ist, und daß die Aufsicht über die Spirituosenhändler und -fabrikanten in dieser Hinsicht noch weiter nötig ist.

In der Säuglingsfürsorgestelle I findet im September wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt, wöchentlich einmal, Übungen schriftlich oder mündlich von 2-4 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Horte für Hilfschüler. Bei Eintritt in die kältere Jahreszeit sei auf die vom Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (Schwachsinne) Kinder (Vorstand: Stadtschulrat Dr. H. Fischer) unterhaltenen besonderen Horte für Hilfschüler hingewiesen. In diesen findet die sich selbst überlassene schwachsinntige Jugend Beaufsichtigung, zweckmäßige Beschäftigung, eine ihrem Bildungsgrade und Gemüte entsprechende nützliche Unterhaltung und dadurch Schutz vor den gerade diesen Unglücklichen besonders drohenden Gefahren der Straße. Diese Horte bilden eine wertvolle Ergänzung und Unterstützung der häuslichen Erziehung und des Unterrichts. Die Tatsache, daß schwachsinntige Kinder im Zusammensein mit normalen leicht dem Spott der letzteren ausgesetzt sind, daß sie außerdem eine ihrer Eigenart angepasste Beschäftigung benötigen und sich in ihren Schulräumen am heimlichsten fühlen, veranlassen den Verein, eigene Horte zu gründen und sie an Hilfschulen anzuschließen. Durch die Unterstützung der Plant-Station, sowie durch namhafte Zuwendungen des Magistrats war es dem Verein möglich, 1906 bezw. 1908 vier Horte, und zwar: im Osten Strahmannstr. 5, im Nordwesten Bieleffstr. 2, im Norden Pausauer Str. 3/6 und Schulstr. 14/15 zu gründen und zu erhalten. Sie seien allen Eltern von Hilfschulkindern, die gezwungen sind, tagelänger ihrem Erwerb nachzugehen, wärmstens empfohlen. Auskunft und Rat - die Versorgung schwachsinntiger Kinder betreffend - erteilt gern und kostenlos die Geschäftsstelle des Vereins, Strahmannstr. 5, in den Sprechstunden Dienstags und Freitags von 5-6 Uhr.

Zur Einquartierung von Truppen in Berlin wird amtlich berichtet: Die eingetroffenen Quartiermacher der in Berlin einquartierenden Teppichreg. 35, III 8, Pflügere 12, Jäger 3 und Maschinen-gewehrabteilung 7 werden auf Grund der ihnen ausgehändigten Villenliste die einzelnen Quartiere besichtigen und bestellen. Es wird dabei bemerkt, daß die durch die Quartiermacher bis zum 30. d. M. mittags nicht besetzten Quartiere nicht benutzt werden und nur die Quartiergeber der bestellten Quartiere einen Anspruch auf Entschädigung haben. Von einer Befragung der Wogenen um den Moritzplatz und westlich der Culmburger, die zuerst ebenfalls beabsichtigt war, konnte Abstand genommen werden, da sich genügend Quartiere anderwärts gefunden hatten. Die Zahlung der Entschädigung für Quartierbenutzung und Verpflegung erfolgt nur durch die Steuerheber direkt an die Quartierwirte gegen Rückgabe der Villenliste, und zwar baldmöglichst nach Abzug der Truppen und Feststellung der Beträge. Eine Auszahlung derselben durch das Militär-bureau kann auch ausnahmsweise nicht erfolgen.

Ein Bauunfall ereignete sich gestern vormittag 1/11 Uhr auf dem Neubau Waisenstr. 9. Der von der Firma Demmig u. Feuer aufgeführte Bau ist bis zur zweiten Etage gediehen. Gestern war ein Arbeiter damit beschäftigt, Material heranzutragen. Als er dasselbe abwarf, fiel plötzlich das Innengerüst des Baues, auf welchem sich zwei Maurer befanden, zusammen. Während es dem einen Maurer gelang, sich am Mauerwerk festzuhalten, stürzten der Maurer Fährlich und der Arbeiter Rathes in den Keller hinab. Schwer verletzt wurden beide in das Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Allem Anschein nach ist der Gerüstzusammenbruch auf das Nachgeben der Steifen zurückzuführen.

An die Adresse der Großen Berliner richtet sich folgender Rot-schrei, der uns aus den Kreisen unserer Leser zugeht und der wie folgt lautet: „Wenn man von seiner Arbeitsstelle nach Hause kommen will und keine andere Bahn benutzen kann als die Große Berliner Straßenbahn, so wird man oft auf eine harte Probe gestellt. Wir sind gezwungen, um nach Noabit zu kommen, die Nr. 17 zu benutzen. Keine andere Fahrgelegenheit ist von der Lützow-, Ede-Flottwellstraße vorhanden, wenn man nicht zu Fuß nach Hause wandern will. Ich arbeite in der Lützowstraße. Der Wagen der Linie 17 ist von 6 Uhr abends ab, wenn derselbe unsere Haltestelle

passiert, stets befeht. Man ist gezwungen, 2-3 Wagen vorbeifahren zu lassen, um das Bild zu haben, nach Hause zu kommen. Spät macht es nicht, wenn man neun Stunden gearbeitet hat, ohne etwas Warmes im Magen zu haben, bei Wind und Wetter an der Haltestelle zu stehen. Aber nicht allein an der Haltestelle Flottwellstraße ist dieser Unbehagen zu bemerken. Wer das Bild hat, mitzukommen, wird beobachten können, daß auf sämtlichen Haltestellen so und so viele zurückbleiben müssen. Jeder ist auf die Gütmütigkeit des Schaffners angewiesen, daß derselbe den Wagen überladet. Ich hatte Gelegenheit, am Mittwoch, den 28. August, als der Wagen überladen war, mitzukommen. An einer Haltestelle in der Lützowstraße stieg ein Schuymann auf und fragte den Schaffner, weshalb er den Wagen überladen habe. Derselbe konnte nur erwidern, daß der Andrang zu groß gewesen wäre. Der Schuymann sagte zum Schaffner, die Anhänger würden nach Hause gefahren und die übrigen Wagen überladen. Des Morgens vor 7 Uhr fahren nämlich Wagen mit Anhängern. Der Schaffner muß nun, weil die Direktion nicht Abhilfe schafft, 3 M. Strafe bezahlen. Vor den Ferien haben Wagen mit Anhängern den ganzen Tag verkehrt. Aus welchem Grunde derselben jetzt weg-gelassen, ist uns ein Rätsel, da die Wagen doch immer überall befeht sind. Alle Beschwerden nützen nichts, weil sie von Arbeitern kommen, dagegen sieht man Wagen mit Anhängern nach dem Westen fahren, welche alle ziemlich leer sind. Trotzdem die Arbeiter die meisten Groschen der Großen Berliner zuführen, wird keine Rücksicht auf sie genommen.“ Die Verkehrspolizei hat die Aufgabe, die Große Berliner daran zu erinnern, daß sie ein Verkehrsinstitut ist, daß die Verkehrsinteressen in erster Linie zu erfüllen hat.

Aus der Selbstmordchronik. Von der Oberbaumbrücke sprang gestern vormittag ein junger Bursche in die Spree. Vorübergehende, die den Vorfall sahen und sich sofort an die Rettung des jugendlichen Lebensmüden machten, gelang es nach einigen Bemühungen, ihn auch aus dem Wasser zu ziehen. Auf der Hülswache in der Bäckerei Straße konnte jedoch nur noch der Tod des Ertrunkenen, eines 15 Jahre alten Arbeiters, festgestellt werden.

Ein gefährlicher Provisionsschwindler, der schon längere Zeit von der Kriminalpolizei gesucht wird, treibt noch immer sein Unwesen. Der Gauner, ein 34 Jahre alter Agent Georg Bräsewig, war früher eine Zeitlang bei einer Hülsen- und Geschäftsvermittlungszentrale in der Neuen Jakobstraße beschäftigt. Von dieser Tätigkeit befreit er noch Geschäfts- und Kellampapiere, sowie einen Inlaffoschein der Zentrale auf seinen Namen. Mit diesen Papieren ausgerüstet, besucht er Leute, die in den Zeitungen anzeigen, daß sie ihr Geschäft verkaufen wollen und spiegelt ihnen vor, daß er einen Käufer habe. Bevor noch der angebotene Käufer selbst erschienen ist, schließt er mit den Verkaufsstellen Verträge ab und läßt sich einen Teil der Vermittlungsgebühren schon vor dem endgültigen Abschluß auszahlen. Das Vertrauen der Leute wird hauptsächlich dadurch befestigt, daß der Schwindler angibt, im Auftrage der Vermittlungszentrale zu handeln. Wenn sie nun einige Zeit vergeblich auf den Käufer gewartet haben und sich dann an die Zentrale wenden, so erfahren sie, daß der Agent Bräsewig schon längst nicht mehr mit ihr zu tun hat. Jeweils erhalten die Verkäufer auch einen Brief, indem ihnen der Käufer mitteilt, daß er von dem Kauf zurückträte. Bisher gelang es nicht, den gefährlichen Schwindler zu fassen. Es sei deshalb dringend vor ihm gewarnt.

Ein Eifersuchtsdrama ereignete sich gestern morgen im Hause Schönhauser Allee 50a. Dort ging der Maurer Richard Rood mit einem Weibe auf seine Ehefrau los und brachte ihr so schwere Verletzungen bei, daß sie sterbend nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Frau Rood hatte ihren Mann vor einiger Zeit verlassen. Rood selbst, der bei dem Transport seiner Frau nach der Unfallstation noch zugegen war, hatte plötzlich die Furcht ergriffen, wurde aber von Polizeibeamten des 109. Reviers verhaftet. Nach einer kurzen Vernehmung auf der Revierwache wurde er der Kriminalpolizei übergeben.

Aus dem Landwehrkanal gesendet wurde gestern früh gegenüber der Königin-Augusta-Straße, unweit der v. d. Heidebrücke, die Leiche einer unbekannt, ungefähr 30 Jahre alten Frauensperson. Die tote ist 170 Meter groß und kräftig, hat dunkles Haar und trug eine weiße Bluse, einen schwarzen Rock, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe und eine goldene Kette mit Medaillon. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Als Leiche gefunden wurde der Sommer Tecklaff, der vorige Woche sich aus der elterlichen Wohnung entfernte. Er wurde an dem Spandauer Schiffahrtskanal an der Heidebrücke aus dem Wasser gezogen.

Das Kasino-Theater hat dieser Tage seine Pforten wieder geöffnet. Zur Aufführung gelangte das fürs Kasino-Theater besonders angestufte Stück von Artur Landberger: „Der Großfürst“. Der Spezialitätenenteil enthält einige ganz passable Nummern.

Zwei größere Brände beschäftigten die Berliner Feuerwehr gestern früh fast gleichzeitig in der Weberstr. 3 und in der Finnländischen Straße 11. An der ersten Stelle standen Holzbarre und Teile der Schaldecke in einer Tischlerei in Flammen, während an der zweiten Stelle der Dachstuhl des Oberhauses in halber Ausdehnung mit Verschlägen brannte. Hier wie dort mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Die Ursache beider Brände konnte nicht ermittelt werden.

Vorort-Nachrichten.

Massnahmen gegen die Lebensmittelverteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Pichtenberger Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat möge sofort eine motivierte Petition an die Reichs- und Landesbehörden richten, durch geeignete Massnahmen dem bis zur Unentrichtlichkeit herangewachsenen Notstande der Bevölkerung Einhalt zu tun.

Da die Preissteigerungen aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände einen für die Volksgesundheit und Ernährung bedrohlichen Charakter angenommen haben, ersucht die Versammlung den Magistrat, vom Bundesrat und dem Reichstag zu fordern:

- 1. Die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperr für die Einfuhrung von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschau-gesetzes, der Einfuhrschemine.
- 2. Die sofortige Einberufung des Reichstages.
- 3. Weiter ersucht die Versammlung den Magistrat, baldmöglichst Einrichtungen zu treffen und Vorschläge der Versammlung zu unterbreiten, die geeignet erscheinen, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen.



**Wilmerdorf.**

Grundstückskäufe der Stadtgemeinde. In einer vor kurzem in der Lokalpresse erschienenen Notiz wurde behauptet, der Stadt sei ein Grundstück für Schulzwecke zum Preise von 1050 M. pro Quadratmeter angeboten worden, statt dessen habe man aber von einem Stadterordneten Gelände für 1885 M. erworben. Später habe dann noch die Stadt von dem zuerst angebotenen Grundstück einen Teil und zwar 843 Quadratmeter für den erhöhten Preis von 1190 M. angekauft. Wenn das, was der Schreiber über den letzteren Kauf behauptete — dieses erworbene Hinterland werde von Sachverständigen um ein Drittel des Preises niedriger geschätzt — zutrifft, so müssen der Stadtverwaltung schlechte Berater zur Seite stehen. Aber auch der Kauf des Schulgrundstückes unter den eigenartigen Umständen läßt sonderbare Vermutungen zu. Daran ändert auch nichts eine Klarstellung, die der in Frage kommende Stadterordnete im selben Blatte veröffentlicht. Es heißt nämlich darin: „Der mit diesem unterzeichneten Artikel in Nr. 183 Ihres geschätzten Blattes ist in bezug auf die darin erwähnte Grundstücks-erwerbungen geeignet, die öffentliche Meinung zu irritieren. Der Herr Einsender verschweigt ganz, daß die Stadtgemeinde von dem unterzeichneten für 1185 M. pro Quadratmeter reines Vorberland, darunter eine wertvolle Wohnfläche, erworben hat und ebenso, daß das in der Hildegardstraße erworbene Terrain 46 Meter Straßenfront aufweist und außerdem in einer Gegend liegt, die durch den projektierten Seepark äußerst wertvoll geworden ist.“

Daß es sich aber, wenn überhaupt von „wertvollem“ Terrain die Rede sein kann, bei dem andern Grundstück erst recht um solches handelt, erhellt daraus, daß das der Stadt angebotene, jedoch nicht gekaufte Grundstück direkt am Seepark liegt, infolgedessen noch „wertvoller“ ist.

Die ganze Angelegenheit scheint mindestens eine recht dunkle zu sein. Dies um so mehr als der fragliche Stadterordnete auch noch der Deputation für Grundeigentum als Mitglied angehört. Eine baldige Aufklärung durch die Stadtverwaltung dürfte deshalb notwendig sein.

**Schöneberg.**

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins hörte zunächst einen Vortrag des Redakteurs Genossen Richard Barth über: „Kapitalistische und sozialistische Presse.“ In trefflichen Ausführungen behandelte der Redner die Gegensätze zwischen der gesamten bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse, dabei besonders die Korruption jener Fabrikanten der öffentlichen Meinung kritisierend. In der Diskussion unterstrich Genosse Flamme im wesentlichen die Ausführungen des Referenten. Genosse Berg gab Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Genosse Küter berichtete über die Tätigkeit der Kinderbeschulungskommission, weiter erstattete er Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. In längeren Ausführungen besprach er die angenommenen resp. abgelehnten Anträge. Am Schluß machte der Vorsitzende auf die am Dienstag, den 8. September stattfindenden Protestversammlungen und die Flugblattverbreitung am Sonntag aufmerksam.

Das Einziehen der Luftabkühlsteuer scheint doch nicht so glatt von statten zu gehen wie im allgemeinen angenommen wurde. Mahnungen, Zwangsvollstreckungen, Pfändungen sind die tägliche Folgeerscheinungen dieser Steuer, abgesehen von den sonstigen Unannehmlichkeiten. Selbst Veranlassungen, die für Wohlhabende aufgeführt wurden, beanstandete der Bureaukratismus, obwohl die Steuerordnung diese vollständig frei läßt. Jeder Kinobesitzer muß an Steuern entrichten, bei einer Anzahl von 100 Plätzen im Theater, ganz gleich, ob Sitz- oder Stehplatz 8 M., bis zu 250 Plätzen 15 M. und über 250 Plätzen 24 M. pro Tag. An vielen Tagen und ganz besonders an Sommertagen beden die täglichen Einnahmen bei weitem die Unkosten nicht, aber trotzdem muß gezahlt werden. Besuche, Eingaben, persönliche Vorstellungen wurden abschlägig beschieden. Besonders ein Kinobesitzer in der Haupt- oder Eisenacher Straße hat unter diesem Bureaukratismus viel Scherereien und Drangsalierungen zu erleiden. Um seinen geschäftlichen Verpflichtungen nachzukommen und die Existenz seiner Familie aufrecht zu erhalten, betritt M. jeden Tag seine Unkosten, wobei für Steuern nicht viel übrig blieb. Mit diesem Verfahren war die Steuerbehörde nicht einverstanden. Ein Vollziehungsbeamter mußte wiederholt leer abgehen, da nichts zu holen war. Nunmehr sollte kürzlich die Abendkasse mit Beschlagnahme belegt werden. Der Inhaber M. ging hierzu zur Kasse, rief sein Personal und zahlte diesem das Gehalt aus. Als der Beamte zur Pfändung schritt, fand er nur noch etwa 5 M. vor.

Nunmehr soll gegen den Kinobesitzer, dessen Frau und den Angehörigen Strafantrag gestellt werden wegen Beamteneleidigung, Widerstandes, Vollstreckungshindernisse und Pfändungsbruch.

**Johannisthal.**

Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Entwurf des Stadtbauamtsers Jantschus bezüglich der Verbindungsstraße zwischen Park- und Waldstraße. Die Straße erhält eine Gesamtbreite von 9 Metern und wird westlich von den Grundstücken von Hehlein und Saernwald begrenzt. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen. Die Herstellung der Regenwasserleitung in der Waldstraße und die Pfostierung der östlichen Seite der Bahnstraße sollen in engerer Submission vergeben werden. Auf eine Anregung unserer Genossen soll die Frauennarbeit beim Straßenbau nicht zugelassen werden. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, bei Vergabe von Gemeindepunkten nur Unternehmern zu berücksichtigen, deren Arbeitsbedingungen den für die einzelnen Gewerbe bestehenden Tarifverträgen entsprechen, wurde einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen. Eine bestrebliche Haltung nahm die Majorität der Gemeindevorstellung in der Auswahlsache eines Teiles des Friedhofsgeländes mit dem angrenzenden Terrain der Rudower Kirchgemeinde ein. Nachdem die Gemeinde bezüglich des Austausch des für Johannisthal wertvolleren Geländes von allen Instanzen abschlägig beschieden war, bot sich die hiesige Kirchgemeinde als rettender Unterhändler an. Sie versicherte, daß der Tausch zustande kommen würde, wenn die Gemeinde sich verpflichte, ein Grundstück zum Bau einer Kirche in Johannisthal herzugeben. Trotzdem unsere Genossen darauf hinwiesen, daß ein etwa ein Morgen großes Grundstück wertvoller sei als das ganze auszutauschende Gelände, wurde dieser Antrag mit allen gegen die vier Stimmen unserer Genossen angenommen. — Für die Herbstfestung wurden 200 M. zur Stiftung eines Preises bewilligt. — Abgelehnt wurde der Antrag der Freien Turnerschaft Johannisthal, eine Beihilfe zum Gaudiumfest am 1. September zu bewilligen. Dem patriotischen Turnverein „Deutsche Eiche“ wurde im vergangenen Jahre zu einer Jubiläumfeier eine finanzielle Beihilfe gewährt. Die Arbeiterturner glauben als Steuerzahler das gleiche Recht auf die Gemeindefasse zu haben. Sie ersuchen jedoch durch die Ablehnung ihres Antrages erneut, daß auch in der Gemeinde Johannisthal mit zweierlei Maß gemessen wird. — In die Vereinstätigkeitskommission wurden die Herren Hehlein, Scherfing und Genosse Gobin wieder, sowie Herr Wilhelm Mette und Genosse Winkeltau neu gewählt.

**Rowahew.**

Der Kartellauschuss hielt in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Wahlvereins eine Sitzung ab, um darüber zu beraten, in welcher Weise nach Aufhebung des bisherigen Bildungsausschusses dem vorhandenen Bildungsbedürfnis der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden könnte. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Kartellauschuss und Wahlverein übereingekommen seien, vor allem Beschäftigungen und Vorträge zu arrangieren, die nicht nur eine Erweiterung der Kenntnisse über wichtige Vorgänge im Wirtschafts- wie politischen Leben bezwecken, sondern auch die beiden Korporationen finanziell weniger schwer belasten sollen, als dies bisher der Fall war. Um nun der Arbeiterschaft am Orte überhaupt einen Überblick über die verschiedenen proletarischen Bildungsbestrebungen und Möglichkeiten zu geben, soll Montag, den 9. September, im Schmiedischen Saale ein Vortrag gehalten werden. Mit den in Aussicht gestellten Besichtigungen soll bereits in aller nächster Zeit begonnen werden.

Sonntag, den 8. September, vormittags 1/10 Uhr, findet eine Besichtigung des Observatoriums in Potsdam und am Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, eine solche des dortigen städtischen Elektrizitätswerkes statt. Zur teilweisen Deckung der Unkosten soll von den Teilnehmern ein Beitrag von je 10 Pf. erhoben werden. — Um zur Besserung der Lage der Tabakarbeiter beizutragen, sollen die Gewerkschaftsmitglieder darauf hingewiesen werden, beim Zigarettenkauf nur solche Geschäfte zu berücksichtigen, die den Tarif anerkannt haben oder ihre Zigaretten von tarifstreuen Fabrikanten beziehen. —

**Dufrow.**

Die letzte Gemeindevorstellung sollte unter anderem die Wahl der Vereinstätigkeitskommission vornehmen. Auf Verreiben der bürgerlichen Vertreter, die die Vorschläge der Arbeiterschaft zu dieser Kommission zu umgehen suchten, wurde die Wahl einfach vertagt. Genosse Hadamel nahm sofort Veranlassung, diese eigenartige Methode mit aller Schärfe zu geißeln. Bemerkenswert ist noch, daß der Kreisbaumeister, welchem wegen des großen Kostenunterschiedes die Entwässerungsanlage nicht zur Ausführung übergeben wurde, von der Gemeinde einen Kostenaufschlag von 2007,50 M. für Vorarbeiten in der Rudower Straße verlangte.

**Syndikus.**

Kriegsminister und Militärarbeiterverband. Wie wir gestern bereits kurz mitteilten, herrscht in den königlichen Rüstwerkstätten helle Empörung. Nach uns ausgegangenen Meldungen mühten Mittwoch vormittag sämtliche Arbeiter gewerkschaftsweise ansetzen, um Ansprachen der Direktoren und Betriebsleiter anzuhören. Die Arbeiter wurden in scharfen Worten gewarnt, dem Militärarbeiterverbande beizutreten. Wer es trotzdem tut oder für den Verband irgendwie agitiert, soll sofort entlassen werden. Es wurde betont, daß der Verband und sein Organ „Der Militärarbeiter“ in letzter Zeit eine heyerische und aufreizende Tätigkeit (!) an den Tag lege und dadurch den Unwillen des Kriegsministers erregt habe. — In Wirklichkeit hat sich der Verband dadurch unliebsam gemacht, weil er sich bei der letzten Reichstagswahl völlig neutral verhielt und nicht in das Schlepptau der Konservativen nehmen ließ. Weiter hielt er nach einer Rede des verflochtenen Abg. Pauli, in der dieser den Militärarbeiterverband „sozialdemokratischer Tendenzen“ beschuldigte, eine Protestversammlung mit dem Thema: „Das demagogische Verhalten des Reichstagsabgeordneten Pauli“ ab. Den direkten Anlaß zur Befämpfung des Militärarbeiterverbandes gab wohl ein Artikel in Nr. 14 des Verbandsorgans, in dem die Verhältnisse in der hiesigen Garnisonwaffenfabrik geschildert wurden. Weiter hat man an einem Artikel Anstoß genommen, in dem geschildert wurde, daß eine arme Frau die „Fremdstat“ zu büßen hatte, obigen Artikel zu lesen. Die Frau wurde von dem Inspektor Hasselmann sofort entlassen; das Verbandsorgan bezeichnete er als rotes Blatt, das bestehende harmonische Verhältnis untergrabe. An den Staatswerkstättenarbeitern wird es jetzt liegen, zu zeigen, daß sie Männer und keine unmündigen Kinder sind. Diese ungedulden Maßnahmen von oben drängen sie mit Recht auf den richtigen Weg, der in die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei führt.

Statistische Erhebungen werden vom hiesigen Gewerkschaftsamt unter den demselben angeschlossenen Gewerkschaften angefordert. Die Fragen erstrecken sich darauf, zu ermitteln, wie viel Mitglieder die preussische Staatsangehörigkeit besitzen, wie viel politisch organisiert sind, wie viel Mitglieder eines Konsumvereins sind. Ferner soll festgestellt werden, welche Tageszeitungen gelesen werden. Die Fragebogen müssen von den einzelnen Gewerkschaften spätestens am 1. Oktober an das Gewerkschaftsamt zurückgeleitet werden. Eine kombinierte Sitzung, einberufen vom Gewerkschaftsamt, beschäftigte sich mit der Frage, ob das Kartell als Unterkommision der Berliner Gewerkschaftskommission weiter bestehen oder sich von Berlin lösen soll. Nachdem Genosse Kärsten die nötigen Aufklärungen gegeben hatte, sprachen sich alle Redner dafür aus, daß das Kartell als Unterkommision von Berlin bestehen bleibt. Demgemäß wurde auch beschloffen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Nicht arbeitsfähig — aber „arbeitscheu“.**

Ein geradezu unglaublicher Vorfall hat sich in Döpreußen abgespielt. Ein Arbeiter in Gumbinnen erkrankte an Häftgelentzündung, und der Arzt stellte ihm das Zeugnis aus, daß er nicht den Prozentsatz der Arbeitsfähigkeit besitze, der notwendig sei, um sich und seine Familie zu ernähren. Er hinte recht betrübt, die Arbeitgeber beschuldigte ihn nicht; schließlich glückte es ihm, bei einem Pantoffelmacher in der Woche fünf Mark und fünfzig Pfennig zu verdienen. Doch auch dies währte nicht lange, er mußte eine andere Beschäftigung suchen und begann, Papierreste zu sammeln. Da er sich mit dem kranken Bein nicht bilden konnte, mußte der Mann auch diese Tätigkeit einstellen.

Nun wurde der Unglückliche beschuldigt, Weiß und Rind zu vernachlässigen und nicht für ihren Unterhalt zu sorgen. Und die Justiz schritt auch gegen ihn ein; das Schöffengericht verurteilte ihn zu fünf Wochen Haft und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Er sollte also ins Arbeitshaus wandern. Der Mann legte Verurteilung ein; die Strafkammer wollte schon die Verurteilung in vollem Umfange verwerfen, da erhob sich plötzlich der Vertreter der Staatsanwaltschaft und sagte den Richtern, solche Leute nehme die Landespolizeibehörde nicht. Das heißt, der Staatsanwalt trat dafür ein, daß dieser kranke Mann nicht ins Arbeitshaus kommen sollte. Er war der Ansicht, daß in dieses nur gesunde Menschen hineingehören. Und der Gerichtshof kam seinem Wunsch auch entgegen. Er hob den Teil des Urteils, der den Angeklagten an die Landespolizeibehörde verweisen wollte, auf, bestätigte aber die fünf Wochen Haft. Jetzt muß dieser arbeitsunfähige, kranke Mensch wegen „Arbeitscheu“ die Strafe verbüßen. Und was wird aus ihm, wenn er aus dem Gefängnis kommt und er wiederum keine Beschäftigung finden bzw. aufnehmen kann? Wird man ihn dann abermals wegen „Arbeitscheu“ ins Gefängnis stecken?

Das Urteil erscheint uns ganz unbillig; es beweist aber, wie es im Zeitalter der Sozialreform, der gestalteten Kompottschüssel und der gesicherten Existenz bis ins hohe Alter kranken, arbeitsunfähigen Arbeitern ergehen kann.

**Wegen Beamteneleidigung**

Hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kade gegen den Schriftsteller Leddy zu verhandeln. — Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Eine Blumenhändlerin, die ihren Stand an der Ecke der Prinzen- und Ritterstraße hatte, war von dem Schuhmann Latich, der die Dienstnummer 8679 führt, wiederholt zur Verstrafung gebracht worden, weil das Handeln mit Blumen an jener Stelle nicht gestattet war. Da aber die regelmäßig dort vorüberkommenden Postanten, zu denen auch der jetzige Angeklagte gehörte, mühten und auch täglich haben, daß mehrere andere Blumenhändlerinnen dort ungeniert stehen durften, verfaßte Leddy aus eigenem Antriebe eine Einspruchsschrift gegen die Verstrafung der Händlerin, die er an den Polizeipräsidenten von Jagow richtete. In diesem Schreiben wurde u. a. gesagt, daß der Schuhmann Latich „der 8679er“ im Aufschreiben der Händlerin geradezu Phänomenales geleistet habe. Diese und ihre Blumen seien dem „Tritanienflechtbündelneumundnebsthaften“ ein Dorn im Auge, er äuge und wittere sie auf große Distanzen und sei von einer gewissen Rankle dessen, gerade diese

Blumenhändlerin zur Anzeige zu bringen. In dem Briefe wurde weiter der vermeintliche Uebereifer des Schuhmanns glosiert und darauf hingewiesen, daß doch so viele Mörder in Berlin „ungefähr“ herumlaufen und die hierbei zu entwickelnde Tätigkeit für die Polizei doch eigentlich eine dankbarere sei, als arme Blumenhändlerinnen aufzukübeln. Dieser Brief erregte das Mißfallen des Polizeipräsidenten, der daraufhin Strafverfolgung stellte. — Der Gericht machte der Angeklagte geltend, daß durch seinen Brief lediglich das nach seiner Meinung zu übereifrige Vorgehen des Schuhmanns in humoristisch-satirischer Weise glosiert werden sollte. Ihm als Schriftsteller stehe das Recht zu, Mißstände bei Behörden auch in humoristischer Form zu kritisieren. Er habe ungehindert schon zahlreiche andere viel scharfer gehaltene Artikel über die Polizei veröffentlicht, ohne daß es dem Polizeipräsidenten eingefallen wäre, darin eine Verleumdung zu erblicken. Von Rechtsanwält Dr. Frey wurde ferner auf ein Gutachten Maximilian Gardens Bezug genommen, in dem dieser u. a. sagt, daß jenes Schriftstück nach seiner Ueberzeugung durchaus harmlos sei und keinesfalls über die Grenzen des Zulässigen hinausgehe, wenn es auch in einem feigen, nicht aber spöttischen Tone gehalten sei. Das Gericht kam jedoch zu einer Verurteilung des Angeklagten mit der Begründung, daß es zwar das Recht auf Humor völlig anerkenne, nicht aber auch gegenüber einer ersten Behörde, wie das Polizeipräsidenten, das alles von Amts wegen ernst zu nehmen hat. Einer Behörde gegenüber dürfe man dieses Recht nicht ausüben. Das Urteil lautete auf 30 M. Geldstrafe.

**Jugendliche Einbrecher.**

Etwa 100 verschiedene Einbruchdiebstähle fielen auf das Schuldkonto mehrerer jugendlicher Einbrecher, die sich gestern in Gemeinschaft mit ihren Helfern vor dem Strafrichter zu verantworten hatten. Als „Hauptmann“ stand der ganze Bande der 19 Jahre alte Hausdiener Paul Stube vor. In einer Kaskemme in der Oranienburger Straße wurde von dem jungen Vagabunden die Einbrecherbande organisiert und die einzelnen Rollen verteilt. Während die eine Hälfte der Mitglieder des Nachmittags die günstigsten Gelegenheiten zum Diebstahl ausbaldowerte, blieb die andere Hälfte in jener Kaskemme sitzen, um dann, nachdem die Genossen Bericht erstattet hatten, des Abends gestärkt an die Arbeit zu gehen. Auf diese Weise brachten es die sechs Einbrecher fertig, etwa 100 Diebstähle zu begehen. In den einzelnen Fällen handelte es sich um Kontor- und Laden-einbrüche, bei denen den Dieben zum Teil recht wertvolle Sachen in die Hände fielen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, die zusammengerechnet über 50 Jahre ausmachten. Das Urteil lautete gegen Stube auf 4 Jahre 2 Monate Gefängnis, gegen den Arbeiter Max Wendland auf 5 Jahre, gegen den Holzbildhauer Obliege auf 1 1/2 Jahre, gegen den Löffel Kolter auf 2 Jahre, gegen den Arbeiter Grätner auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und gegen die übrigen Mitangeklagten auf Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis zu 9 Monaten.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.** Die nächste Vereinsfeier am Sonntag, den 1. September, fällt wegen der Flugblattverbreitung aus. Die Veranstaltung aber eine Exkursion nach Rahneder-Bälberge-Reservoir-Grünau. Treffpunkt: 10 1/2, 11 Uhr Schloß Bahnhofs-Gasse willkommen. — Sonntag, den 15. September: Spreewaldfahrt.

**Rebeller-touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 1. September: Wanderung, I. Potsdam-Caputh-Vienow-Wieser-Riesendort. Abfahrt nach Potsdam früh 6.30 von Potsdamer Bahnhof. (Rahmseebahn). II. Tour durch die Rahneger Heide vom Hamburger Naturfreundebund über Soltau nach Hannover-Hildesheim. Abfahrt: Lehrter Bahnh. früh 8.31 D-Zug nach Uelzen, Weiterfahrt Personenzug nach Steile. Güte willkommen.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ in Loeben das 48. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Verbrechen und Sozialismus. (Zusatz ein Beitrag zum Studium der Kriminalität in Deutschland.) Von Dr. W. A. Senger. — Das Wesen unserer Gegenwart. Von Ant. Pannekoek. — Staatliche Kaufhäuser zu dem Reichstagswahlen. Von Akademist. — Die Weisungsgesetze in der neueren Literatur. Von Paul Lange (Hamburg). — Buchhandel und Bildungsarbeit. Von Heinrich Schulz. — Zur Agrarfrage in Frankreich. Von Georg Stelless.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Briefkasten der Redaktion.**

— G. G. 92. Zentrale für Auswanderer Berlin W., Karlbad 9-10. — G. G. Das Geleit über die jährige Dienstzeit befristet vom Jahre 1892. — G. W. 51. Wir lehnen die Knutort ab, weil unter Umständen strafbar. — H. B. Rein. — G. G. 121884. Unverständlich. — R. 135. Abt. — H. B. 86. Das erfahren Sie sicher im Rathaus. — Albert Hüfte. Uns wird berichtet mehr als 70 000 M. im Jahre. — G. G. 1. Abonnement für alle Blätter sind beschließen. Sie erfahren das Köhler Dorotheenstr. 3 in der Intendantur. — W. W. 242. 1. Ja. 2. Nein. — G. G. 10. Ihre Anregung hat manches für sich, aber im Interesse unserer Agitation sehr viel gegen sich.

**Marktbericht von Berlin am 28. August 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten.**

100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Reinbl.) 6,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,80—2,40. Rindfleisch, Gansfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,40. Rote 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Heie 0,80—1,60. 60 Stück Aelche 4,00—10,00.

**Witterungsüberblick vom 29. August 1912.**

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	
Eminende	761,5	SW	3	heiter	14	Saparanda	749,8			6	Regen	8
Quedlinburg	760,0	EO	2	bedeckt	11	Peitzburg	746,3			4	Regen	12
Berlin	763,0		1	mäßig	12	Essen	750,0	SW	3	trüblich	13	
Brandenburg	760,0	EO	1	Dunst	10	Aberdeen	748,0	EO	5	Regen	11	
München	763,0		2	heiter	10	Paris	758,0	SW	3	heiß	14	
Wien	765,0		1	mollert	13							

**Wetterprognose für Freitag, den 30. August 1912.**

Etwas wärmer, zunächst vielach heiter bei behäuteten fühlbaren Winden, später zunehmende Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau					
Stationen	am 28. 8.	am 27. 8.	Stationen	am 28. 8.	am 27. 8.
Weser, Mühl	104	-2	Saale, Grotzsch	158	-4
Regel, Ankerburg	50	+30	Qavel, Spandau	30	-2
Weser, Lohm	58	-4	Qavel, Rathenow	4	-2
Oder, Kattorf	128	-6	Spre, Spremberg	102	+4
Kroffen	115	+4	Weser, Beckow	78	-1
Frankfurt	131	+5	Weser, Wübben	322	+57
Weser, Schimm	-12	+2	Weser, Wübben	364	+56
Landesberg	-21	0	Weser, Wübben	596	+14
Weser, Sorchum	-1	+3	Weser, Wübben	305	-3
Elbe, Peitzburg	121	-9	Weser, Wübben	326	+15
Dresden	5	+3	Weser, Wübben	105	+7
Weser	219	+24	Weser, Wübben	175	+20
Magdeburg	166	+19	Weser, Wübben	68	+11

+ bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.







